

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Witz und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Himmel“, „Frauenstimme“, „Der Rinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Mit in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumverteilung 80 Pfennig, Restanten 5.- Reichsmark. „Kleiner Anzeigen“ des letzten Heftes 20 Pfennig (außer zwei letzten Heften), jedes weitere Heft 12 Pfennig. Einseitige des ersten Heftes 15 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. Mehr als 12 Rubriken zählen für zwei Heften. Anzeigen für die Abonnementzeit 40 Pfennig, Restanten 10 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, nachmittags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 28. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW. 68 - Hauptkontor: Postfach 100, Postfach 100
und Bremen, Wallstr. 65. Diabolo-Gesellschaft, Postfach 100, Postfach 100

Kriegsschuldblamage Nr. 3. Die Wente zurückgepfiffen.

Wir haben eine „nationale“ Regierung, deren Gefühl für „nationale Ehre“ besonders entwickelt sein muß. Die „nationale“ Ehre wird darum in gemessenen Intervallen immer wieder gerettet. Wie das geschieht, haben wir in den letzten Tagen wieder einmal schauernd erlebt. Die unbefonnenen herbeigeführte internationale Kriegsschulddebatte hat vorläufig ihren Höhepunkt in der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Poincaré gefunden, daß sich das deutsche Reichsoberhaupt zum Sprachrohr einer Lüge gemacht habe. Anders sind die Worte Poincarés nicht zu verstehen: „Unsere Landsleute wollen nicht, daß die Lüge das Feld behauptet.“

Was geschieht nun weiter? Am Montag noch gebärdete sich die deutsch-nationale Presse wie toll. Am Dienstag aber ist in derselben Presse, trotz der inzwischen gehaltenen neuen Rede Poincarés in Bar-le-Duc, däßige Stille eingetreten — so einmütige Stille, daß man nur auf höhere Kommando schließen kann.

So wird die nationale Ehre im Zeichen des „Retters“ von mindestens vier schwarzweißroten Reichsministern geschützt!

Solche nationalen Demütigungen ziehen sich übrigens wie ein roter Faden durch die ganze Zeit der deutsch-nationalen Mitwirkung an der Regierungspolitik. Es fing damit schon an, noch ehe die Bestiaristen ins Kabinett eingetreten waren. Damals, im September 1924, erzwangen sie als Gegenleistung für ihre 50 Ja-Stimmen zum Dames-Plan die Ankündigung der „Notifizierung“ einer Kriegsschuldklärung. Das Echo war aber derart, daß die feierlich — durch Marx und Stresemann — eingeleitete „Aktion“ plögl. sich abgestoppt wurde. Erste selbstverschuldete Demütigung.

Ein Jahr später, am Vorabend von Locarno, erzwangen die damals in der Luther-Regierung vertretenen Deutschnationalen eine neue „Aktion“: Unter den unwürdigsten Umständen, so ganz nebenbei, zwischen Tür und Angel, mündlich, verächtlich erklärten die deutschen Botschafter und Gesandten den fremden Außenministern — oder auch nur irgendeinem Stellvertreter —, Deutschland fühle sich unschuldig. Die moralischen Ohrfeigen hagelten nur so. Man steckte sie ein — und ging doch nach Locarno. Zweite selbstverschuldete Demütigung.

Jetzt erzwingen die deutsch-nationalen Minister der Marx-Regierung eine Neuauflage dieser Tragikomödie: Hindenburg wird vorgeführt und hält seine Tannenbergrede. Der französische Ministerpräsident Poincaré — eigentlich der letzte, der dazu ein moralisches Recht besitzt — antwortet barsch: „Das ist eine Lüge!“ Und damit ist die Debatte geschlossen. Dritte selbstverschuldete Demütigung.

Und all das immer mit der Kriegsschuldfrage. Wie lange soll diese abscheuliche Grotteske fortgesetzt werden? Wollen unsere politischen Masochisten auf der Rechten eine vierte, eine fünfte Auflage dieser Demütigungen erzwingen? Oder bedeutet ihr betretenes Schweigen endlich das Geständnis

ihres verhängnisvollen Irrtums? Das hieße wohl, ihre Intelligenz und ihren guten Willen überschätzen!

Nur die „Deutsche Zeitung“ hält durch.

Das einzige rechtsstehende Blatt, das gestern Abend die Parole „abstoppen!“ nicht — oder noch nicht — befolgt, ist das altdeutsche Organ, die „Deutsche Zeitung“. Dieses Blatt ist allerdings stets das „enfant terrible“ der Regierungspresse, und man merkt es seinen Kommentaren an, daß es die Aktion nur fortsetzen will, um Stresemann eins auszuwickeln. Herr Stresemann „irrt gewaltig“, so schreibt das Sprachrohr der Ufa, Sodenstern und Genossen, wenn er glauben sollte, daß durch die Rede Hindenburgs und sein eigenes Interim im „Matin“ die Frage der Kriegsschuld fürs erste erledigt sei. Man dürfe nicht halbwegs stehen bleiben“, nachdem die Regierung den richtigen Weg eingeschlagen habe. Die ganze Welt „wartet nun auf die Taten, die den Worten folgen“. Der Reichsaußenminister sollte auf der Oktober-Tagung des Reichstages Aufklärung darüber geben, „wie die Reichsregierung zur neugeschaffenen Lage in der Kriegsschuldfrage steht und was sie zu tun beabsichtigt“.

Briand aus Genf abgereist.

Während noch allgemein am Montag angenommen und gemeldet wurde, daß Stresemann und Briand, nachdem sie eine kurze Unterredung im Vorraum des Bötterbundesales gewissermaßen öffentlich geführt hatten, vor ihrer Abreise eine neue Aussprache haben würden, ist durch die plötzliche Abreise des französischen Außenministers am Dienstag Mittag dieser Plan vereitelt worden.

Es wird berichtet, daß diese vorzeitige Abreise Briands auf Pariser Wink zurückzuführen sei. Es bleibe dahingestellt, ob wirklich dringende Geschäfte die Rückkehr Briands veranlaßt haben oder ob seine Ministerkollegen infolge der durch die Tannenberg-Rede eingetretenen Spannung einstweilen verhindern wollten, daß er sich mit dem Reichsaußenminister über die deutsch-französischen Fragen eingehend unterhalte.

Es wäre zwar bei einer solchen Aussprache doch nichts Positives herausgekommen. Aber die Tatsache, daß sie nicht mehr stattgefunden hat, ist jedenfalls kennzeichnend für die Stimmung, die zwischen der deutschen und der französischen Regierung trotz vierwöchiger Bötterbundstagung durch die Tannenberg-Rede entstanden ist.

Was begab sich in der Vorhalle?

Paris, 27. September. (Eigenbericht.)

Die Pariser Blätter geben der Heberzeugung Ausdruck, daß die kurze Besprechung, die am Montag zwischen Briand und Stresemann in Genf stattgefunden hat, nicht den Charakter eines politischen Meinungsaustausches über die zwischen Paris und Berlin schwebenden Probleme gehabt habe. Stresemann habe sich vor allen Dingen bemüht, in gewisser Weise das Unbehagen zu zerstreuen, das in Paris durch die Tannenberg-Rede hervorgerufen worden sei.

worden war, wegen schwerer Körperverletzung zu zwei Wochen Haft ohne Umwandlung in eine Geldstrafe und zu 75 Zloty Geldstrafe wegen großen Unfalls verurteilt! Seine Angreifer wurden wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung bei Annahme mildernder Umstände, weil sie gereizt gewesen seien, zu je einem Monat Gefängnis mit Umwandlung von je einem Tag Haft in 10 Zloty Geldstrafe verurteilt. Dieses Urteil war nach der ganzen Art der Prozeßführung zu erwarten. Dem Verteidiger des Heberallenen gelang es nicht, das Verfahren gegen seinen Klienten von dem Verfahren gegen die Angreifer abzutrennen und so wurde Walloshet, obwohl Angeklagter und gleichzeitig Zeuge, lediglich als Angeklagter behandelt. Von den Zeugen wollte nur ein einziger beleidigende Äußerungen des Walloshet gegen die Aufständischen gehört haben. Walloshet wurde seinerzeit auf der Straße verfolgt und flüchtete in seine Wohnung, die er hinter sich abschloß. Die Aufständischen zerbrachen die Tür, zerrissen die Sicherheitskette und drangen in die Wohnung Walloshets ein. Walloshet gibt zu, zu seiner Verteidigung ein Messer ergriffen zu haben; der angeblich durch das Messer im Gesicht Verletzte wies aber bei der Verhandlung nicht die Spur einer Narbe auf. Auch die Frau des Angeklagten wurde mißhandelt. Walloshet flüchtete aus der Wohnung in den Hof und wurde auch dort von den Aufständischen schwer mißhandelt. Die schwere Gefängnisstrafe gegen einen Deutschen, der sich in seinem eigenen Hause gegen Eindringlinge zur Wehr setzte — einer von diesen ist übrigens wegen Diebstahls mehrere Male vorbestraft — und das milde Urteil gegen die Eindringlinge selbst ist um so bezeichnender, als besonders die den Aufständischen auferlegten Geldstrafen höheren Ortes beglichen zu werden pflegen. Die „Kattowitzer Zeitung“, die den Verhandlungsbericht brachte, ist beschlagnahmt worden.

Gewerkschaftliche Entwicklung.

Die Tagung des Baugewerksbundes.

Von J. Steiner-Jullien.

Dresden, 27. September.

Die Debatte über den Vorstandsbericht des Baugewerksbundes, die inhaltlich und auch in der äußeren Form auf einem hohen Niveau sich bewegte, ist heute mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Paeplow zu Ende gegangen.

Dieses Schlusswort war sozusagen der Schwanengesang des alten Kampfes, der seit 1 1/2 Jahrzehnten, seit dem Hinscheiden seines hervorragenden Vorgängers Bömelburg nicht nur an der Spitze dieser gewerkschaftlichen Großorganisation stand, sondern sie auch leitete. Paeplow ist von der Altersgrenze von 65 Jahren erreicht worden. Das Schlusswort, wie auch sein Kommentar zum Vorstandsbericht, zeigten, daß die Jahre unfremd alten Freund wohl das Steuer aus der Hand, aber ihm nichts von seinem geistigen Scharfblick, von seinem mit dem Scharfe reiferer Steptis umhüllten Bogenmut nehmen konnten. Und es klang unter dem Lächeln etwas wie Bitterkeit durch, daß doch nicht alle organisatorischen Ziele erreicht worden seien, die er sich gesteckt hatte. Und wenn Paeplow humoristisch sagte, er hinterlasse seinem Nachfolger 400 000 Mitglieder und 15 Millionen Mark, so war gewiß kein Stolz hinter der scherzhaften Bemerkung, eher das Gegenteil.

Ueberraschend für den Fernstehenden ist es aber, daß die Enttäuschung Paeplows darüber, daß nicht alle Blüthenräume gereift sind, von den Delegierten geteilt wurde, was manchmal mit einer Leidenschaft zum Ausdruck kam, die verwundern muß. In der Debatte, die weit hinausgreift über den Rahmen einer Gewerkschaft, in der u. a. auch Graßmann vom Bundesvorstand des DGB, Wolgast als Vorsitzender des Zimmererverbandes und Thomas als Vorsitzender des Dachdeckerverbandes zu Wort kamen, wurde in erster Linie das Problem der gewerkschaftlichen Fortentwicklung zum Industrieverband erörtert. Aber bevor der Inhalt dieser Debatte skizziert wird, ist es notwendig, noch einige andere Punkte hervorzuheben.

Es ist bekannt, daß von dem Vorgänger Paeplows, von Theodor Bömelburg, das Wort stammt: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Damals, vor 25 Jahren, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftstongress gehörte ein gewisser Bekennermut dazu, trotz aller politischen und juristischen Schikanen und Fängeisen, als Vorsitzender des Gewerkschaftstongresses, laut auszurufen „Partei und Gewerkschaften sind eins!“

Heute haben die Gewerkschaften nicht mehr diese Schikanen und Fängeisen zu fürchten. Aber die Arbeiterchaft ist durch die bolschewistische Spaltung gegangen und ist leider noch weit davon entfernt, sie überwunden zu haben. Bei den Bauarbeitern ist der alte Bekennermut zur Sozialdemokratischen Partei geblieben. Wohl gibt es auch einige kommunistische Delegierte auf dem Bundestag. Aber ihre Bedeutung ist gleich Null. Und an Bömelburg wurde man erinnert, als Paeplow mit der Leidenschaft des Herzens vom Sozialismus sprach, den man sich als Mensch erarbeitet haben muß; als der Redakteur Schmidt ausrief, daß er heute schon den Kommunisten das Versprechen gebe, bei den nächsten Wahlen im „Grundstein“ mit aller Entscheidung für die Wahl von Sozialdemokraten sich einzusetzen: Man sage, es gebe zwei Arbeiterparteien. Wie sieht es aber damit aus? „Die Kommunisten bekämpfen und beschimpfen uns. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei, die rückhaltlos für die Forderungen der Gewerkschaften eintritt, die niemals versucht, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, ihnen zu diktieren, wie und wann sie ihre Kämpfe führen sollen.“ Diese Bekenntnisse hat der sonst nicht gerade beifallsfreudige Bundestag mit lebhaften, teilweise stürmischen Beifallsbezeugungen unterstrichen.

Und noch ein anderes verdient erwähnt zu werden. Der Bauarbeiterverband hat dem Drängen der Massen unmittelbar nach dem Kriege auf sozialistische Verwirklichungen nachgegeben. Die scheinbar so nüchternen Realisten haben sich mit Feuerifer für die Schaffung sozialistischer Baubetriebe eingesetzt und haben es trotz der Widrigkeit der Umstände durchgesetzt, daß heute, nach sieben Jahren, die Bauhütten — die übrigens von den gesamten Gewerkschaften unterstützt werden — ein mitbestimmender Faktor auf dem Baumarkt geworden sind. Verwunderlich angesichts dieses beispiellosen Erfolges ist es, daß auch hier bei Paeplow und anderen ein Unbefriedigtsein, wenn nicht eine Enttäuschung durchklang.

Diese Enttäuschung, die immer wieder durchbrach, ist vielleicht ein Zeichen innerer Jugendlichkeit. Gewiß, noch immer sind nicht alle Bauarbeiter im Baugewerksbund vereinigt. Aber Industriearbeiterorganisationen macht man nicht, auch wenn man sich mit dem Eifer von Neubekehrten dafür einsetzt, auch wenn Ge-

Pilsudski verhöhnt das Parlament.

Kampfanzeige der Eisenbahner.

Warschau, 27. September. (Eigenbericht.)

Die Aufhebung des Presseverbots durch den Sejm wird von der Regierung nach wie vor nicht anerkannt. Sie knüpft an die amtliche Bekanngabe dieser Ablehnung vorläufig die Bedingung, daß der (gleichfalls von ihr verurteilte) Senat den Beschluß des Sejm bestätigen soll!

Auf diese Forderung hat der Sejmarschall dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß die Dekrete des Staatspräsidenten durch einfachen Sejm beschluß jederzeit aufgehoben werden können. Trotzdem beschlagnahmt die Regierung nach wie vor die Oppositionspresse, namentlich auch die linksblättrigen. So wurde z. B. jetzt wieder die sozialistische „Wolfszeitung“ in Lodz beschlagnahmt, auch ein linksradikales Bauernblatt sowie der „Robotnik“, das Zentralorgan der polnischen Sozialisten in Warschau; der „Robotnik“ wegen eines Berichts über den gegenwärtig in Warschau tagenden Eisenbahnerkongress. Auf dieser Tagung sind sehr scharfe Reden gegen die Regierung gehalten worden und es wurde geradezu mit Neue daran erinnert, daß die Eisenbahner im Mai 1926 den Sieg des Pilsudski-Putschs mit entschieden haben, indem sie Truppentransporte für seine Gegner verhinderten.

Schandjustiz in Oberschlesien.

Kattowich, 27. September. (TU.)

Das Schöffengericht in Kattowich hat den deutschen Bergarbeiter Walloshet, der in seiner eigenen Wohnung von fünf polnischen Aufständischen überfallen und schwer mißhandelt

wirtschaftskongresse Beschlüsse fassen. Poeplow hat es ja in seinem Schlusswort bekannt, daß er wohl anders gehandelt haben würde, wenn er in diesem Punkte schon vor dreißig Jahren so klar gesehen hätte.

Es sind aber bei weitem keine 30 Jahre her, als der frühere Verband der Steinleger durch Vermittlung des verstorbenen Genossen Ebert beim Bauarbeiterverband antrat, aber mit einer entscheidenden Geste Börsenbörse abgewiesen wurde. Man darf im Baugewerksbund nicht übersehen, daß man sich dort zum Industrieverband befehrt hat mehr unter dem Druck äußerer Umstände als einem inneren, wirtschaftlichen Zwange folgend. Denn das Baugewerbe ist zum großen Teil heute noch Kleingewerbe, darin hat Wolgast recht. Welche wirtschaftliche Bedeutung diesen Zwergebetrieben zukommt, ist freilich eine andere Frage. Ebenso sicher ist es, daß auch im Baugewerbe die Kapitalkonzentration — zum Teil sogar unter dem Druck der Konkurrenz der Bauhütten — mit Riesenschritten vorwärts geht. Auch im Baugewerbe geht die Entwicklung zum Industrieverband.

Der Baugewerksbund ist also auf dem rechten Wege. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Arbeiter des Bauberufs eines Tages in einer Einheitsorganisation beisammen sein werden.

Diese unausweichliche Entwicklung zum Industrieverband kann man beschleunigen oder verlangsamen. Die Debatte in Dresden — die ja nur den Niederschlag vorangegangener Ereignisse und ereignissträchtiger Absichten ist — hat diese Entwicklung gewiß nicht beschleunigt.

Dem Bundestag gingen die Verbandstage der Berufsgruppen voraus, die im Baugewerksbund vereinigt sind. Diese Tatsache zeigt, daß auch in einer Einheitsorganisation die Berufsgruppen ihr Eigenleben haben. Hier ist der Baugewerksbund weiter gegangen als manche andere Industrieorganisation. Man verbirbt aber die propagandistische Wirkung dieser Verbandstage, wenn man die noch fernstehenden Berufsgruppen sozusagen gewaltsam davon überzeugen will, daß sie sich dem Baugewerksbund anschließen müssen.

Industrieorganisationen werden nicht durch Anschluß, sondern durch Zusammenschluß. Die Zahl spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Im Gewerkschaftskampf kann eine kleine Berufsgruppe unter Umständen eine entscheidende Rolle spielen, vorausgesetzt, sie steht in einem Industrieverband.

Die Gewerkschaften müssen Demokraten der Tat sein. Das gilt besonders bei der Entwicklung zum Industrieverband. Und wenn Graf Hermann im Namen des ADGB betonen mußte, daß alle, auch die kleinen Verbände Anspruch haben auf den Schutz des ADGB, so zeigt das am besten, daß man im Baugewerksbund, im Feuerifer für die gute Sache, die demokratischen Grundregeln des Gewerkschaftsbundes zwar nicht verletzt, aber manchmal als quantitativ négligeable betrachtet hat. Auch in den Gewerkschaften kommt es eben nicht nur darauf an, was man will, sondern was man zu wollen scheint.

Kund um das Schulgesetz.

Was wollen die Deutschnationalen?

An dem Reudellschen Schulgesetzentwurf herrscht im Lager der Reaktion durchaus keine ungeteilte Freude. Selbst die engste politische Gesellschafft des derzeitigen deutschnationalen Reichsinnenministers ist nicht einheitlich für dieses Monstrum eines Gesetzes, das die Verfassung auszuführen behauptet, sie in Wirklichkeit jedoch auf den Kopf stellt. So hat jetzt der Landesauschuss der Deutschnationalen Partei in Baden eine Entschlieung gefasst, die in ihren beiden ersten Absätzen die Vorlage der Reichsregierung zu verteidigen sucht, dann aber schließt:

Der überwiegende Teil der deutschnationalen Wählerschafft Badens fordert jedoch die Erhaltung der heute in Baden bestehenden Schulform.

Ehrung für H.

Ein Erinnerungsblatt.

Es kommt heute nicht mehr darauf an, Beweismaterial gegen den Krieg zu erbringen. Der Prozeß liegt hinter uns. Ein See von Blut, ein Meer von Tränen hat Zeugenschaft abgelegt gegen das Verbrechen aller Verbrechen.

Aber zuweilen entdeckt man dann doch — feinen neuen eigent-lich — aber aufs neue einen besonders charakteristischen Zug im bleichen Halunkegesicht des Krieges und da — wenn man so sagen darf — sträubt sich dann einem die Feder dagegen, ihn nicht zu Papier zu bringen.

Das königlich-bayerische 2. Infanterieregiment Kronprinz hat einen Erinnerungsband herausgegeben — alle nacheinander erscheinen jetzt solche unausschiebbare Publikationen — und darin wird eines nur mit seinem Anfangsbuchstaben H. benannten Mannes Erwähnung getan. Mit diesem H. war das eine eigene Sache. Im Frieden war er keine recht vollwertige Persönlichkeit. Man kann vielleicht sogar sagen, daß er von der bürgerlichen Gesellschaft als Abhub betrachtet wurde. Er war nämlich ein Wilderer und die Behörden hatten ihm verschiedentlich zu Gemüte geführt, daß das ein krimineller Beruf sei.

Aber dann kam der Krieg und nun wurde es schön für den Wilderer H. Die Rückfäden, die er aufs Tier hatte nehmen müssen, brauchte er den Menschen gegenüber nicht länger walten zu lassen. Als sein Regiment bei Verdun lag, baute er, der famose Jäger, auf einem einsamen Baume, auf dem er nicht gesehen werden konnte, sich einen Hochstuhl und paffte und paffte vermittels eines Pfeilerrohres tagaus, tagein, was das Zeug hielt. Seiner emsigen Tätigkeit, der er sich mit dem Feuerifer des leidenschaftlichen Schützen hingab, blieb der Segen nicht verlohren. Er knallte 121 Franzosen ab. Ein schöner Rekord, eine ansehnliche Strede! Ja, da sah man's wieder, wie schieß und oberflächlich das Urteil der Gesellschaft doch manchmal ist. Früher war er verachtet und zurück-gesetzt gewesen, hatte er als zweifelhafter Gefelle gegolten, dem nicht über den Weg zu trauen war. Nun hatte er sich entfaltet, nun war seine Stunde gekommen. Sein Menschliches war ausgebrochen und hatte so Herrliches zuwege gebracht.

Natürlich sollte H., der schon lange vorher zum Gefreiten avanciert war, befördert werden. Die militärischen Vorgesetzten hielten den Unteroffiziercharakter für ihn parat. Aber als man die näheren Umstände prüfte, fand man heraus, daß es mit dem Gefreiten H. eine besondere Bewandnis hatte. Er nämlich, der zehn Duzend Todesurteile bei sich ausgeprochen und vollzogen hatte, verfügte leider nicht über jenes Minimum von Intelligenz, auf das man beim Militär vielleicht hinsichtlich gewisser höherer Ränge, nicht aber beim Unteroffizier glauben verzichten zu können. Doch geteilt werden mußte er. Und da befahl der Regimentkommandeur kurz-

Die Schulform, die man bescheldenerweise nicht nennt, ist die Simultanschule. Sie soll nach Reudells Entwurf in wenigen Jahren beseitigt werden. Die Deutschnationalen Badens sind dagegen. Was wird Reudell nun tun?

Die Frage ist um so mehr berechtigt, als auch der Rechtsblock in Thüringen nicht gewillt ist, den Wünschen der klerikalen Reaktion in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Die Thüringische Landesregierung hat im Reichsrat folgende Anträge von grundsätzlicher Bedeutung gestellt:

Die Volksschulen sind nach Bekenntnissen nicht getrennte Schulen (Gemeinschaftsschulen), soweit sie nicht nach näheren Bestimmungen dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen (weltliche oder Weltanschauungsschulen) sind oder werden.

In den Ländern Baden, Thüringen, Hessen, sowie im ehemaligen Herzogtum Nassau bleibt die dort gesetzlich bestehende nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule bis auf weiteres erhalten, soweit nicht durch Landesgesetze die Durchführung dieses Gesetzes angeordnet wird.

Auch hier also nicht anders wie in Preußen und Baden eine klare Abfrage an den Rechtsblock! In Thüringen und im badischen Musterlande sind es gerade die Deutschnationalen, die nicht mitmachen, die Hüter „christlichen und nationalen Volkstums“. Man kann gespannt sein, was der Rechtsblock im Reich gegen diese Einwände geltend machen wird, nachdem er sich über die Proteste der Republikaner und der freiheitlichen Schulbewegung mit der Geste päpstlicher Unfehlbarkeit hinweggesetzt hat.

Die „Kreuz-Zeitung“ ruft nach den Bischöfen.

In einem Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“ schlägt Dr. Heinrich Klittenberg Alarm über die preußischen Schulentwürfe, durch die, wie des näheren ausgeführt wird, der Reudellsche Entwurf „fast in sein Gegenteil verkehrt“ würde. Die preußischen Koalitionsminister hätten sich, gleichviel ob sie diesen Anträgen zustimmten oder sie auch nur duldeten, zum Dortmund Ratholltag in Gegenstand gestellt. Gingen die preußischen Anträge durch, dann würde die Bekenntnisschule zwischen die Simultanschule und die weltliche Schule „eingeleitet“, und dann würde sich zwar die katholische Bekenntnisschule noch eine Zeit lang halten können, aber nicht die evangelische.

Der Verfasser fordert die Zentrumspreffe auf, zu den preußischen Anträgen Stellung zu nehmen. Aber das ist ihm nicht genug, er will auch wissen, wie die Bischöfe zu ihnen stehen. Es sei anzunehmen, daß sie vor diesen Anträgen gewarnt hätten, darüber tue schnelle Aufklärung not. Am liebsten wäre es dem Verfasser offenbar, wenn die Bischöfe dem Zentrum befehlen würden, auch in Preußen Bürgerblockpolitik zu machen.

Vor den hessischen Landtagswahlen.

Vorberlegung des Wahltags.

Darmstadt, 27. September. (Eigenbericht.)

In der Dienstagssitzung des hessischen Landtags gab Staatspräsident Ulrich davon Kenntnis, daß er den stellvertretenden Minister Hirnberger als Nachfolger des verstorbenen Ministers v. Brenians zum Minister des Innern und der Justiz berufen habe. Die Berufung wurde von dem Hause einstimmig genehmigt.

Mit qualifizierter Mehrheit wurde dann ein verfassungsänderndes Gesetz, das wegen der Vorberlegung des Wahltags am 13. November notwendig geworden ist, angenommen. In diesem Gesetz wird bestimmt, daß der neue Landtag vor dem Ablauf des gegenwärtigen Parlaments gewählt werden soll. Ein demokratischer Antrag, die Wahldauer von 3 auf 4 Jahre zu verlängern, erhielt nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, da Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen stimmten. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Regierung noch ermächtigt, für den Wohnungsbau eine Auslandsanleihe in Höhe von 4 Millionen Mark und für Restaurierungen eine Anleihe von 2 Millionen Mark aufzunehmen.

hand, daß das Regiment im Paradezug an dem Gefreiten H. vorüberziehe.

Er hat seinen Lohn dahin, der Gefreite H. Er war ehemals ein schlechter Kerl gewesen, der fremdes Bild abgeschossen hatte. Er gehörte zu den verschwindend wenigen Menschen, die zu dumm dazu waren, um deutscher Unteroffizier werden zu können. Aber er schloß 121 Menschen tot und das ist ein Verdienst, das alles Kleine an ihm wegwuschte und ihn verklärte.

Um die 121 toten Franzosen werden Mütter und Bräute geweint haben, manch einer unter ihnen wird ein stiller, gütiger Mensch gewesen sein und einer war vielleicht gar darunter, der einmal ein Voltaire oder Rousseau geworden wäre. Der Wilderer H. hat's ihnen allen von seinem Hochstuhl herunter mit dem Pfeilerrohr besorgt und in den Erinnerungsblättern des 2. Infanterieregiments Kronprinz ist ihm ein Ruhmestranz geflochten, der nicht verweilen wird.

Hans Bauer.

Aus Bartolomeo Vanzettis Tagebuch.

Aus Vanzettis Tagebuch, das er im Gefängnis zu Charleston niederschrieb und das in diesen Tagen in Amerika im Druck erschienen ist, entnehmen wir die nachfolgenden Ausschnitte.

Ich wurde in einem piemontesischen Städtchen Italiens geboren und lebte dort bis zu meinem dreizehnten Jahre. Mit Begierde ließ ich zur Schule und träumte mir davon, einmal wie andere Studieren zu dürfen. Jedoch meine Eltern waren sehr arm und vergeblich kämpfte ich als Kind gegen die Tatsache, daß endlose Enttäuschungen und bitterster Kampf um färgliches Dasein mein ganzer Anteil an der Erde sein sollten.

Der Strom der Fremden mietete meine Hände, Füße und Schultern schon als sechsjähriges Kind. Kein Kinderspiel konnte meine Kindheit, in der ich von sieben Uhr früh bis spät in die Nacht als Lastträger des Reichtums die Straßen hügel und hüdnieder leuchte. Bis zu meinem zwölften Jahr hielt ich das aus. Dann verließen mich eines Tages meine Kräfte und ich kroch elend und siebernd aufs Lager. Ich erfuhr, daß es Profitorberhände gibt, die voll Müll und Erbarmen sind, Mutterhände.

Bis zur Genesung pflegte mich meine Mutter. Das waren die glücklichsten Stunden meines Lebens. Dann wurde meine Mutter krank. Was sie sich während meiner Krankheit entzogen hatte, forderte ihr Körper nun von mir zurück. Was wir gelitten haben, ist unbeschreiblich.

Dann starb meine Mutter und hörte meine verzweifelten Schreie nicht mehr.

Ich kam nach Amerika. Meins erste Liebertaschung waren die Quarantänen, in denen Heere der Auswanderer von den amerikanischen Beamten geringschätziger betrachtet wurden als jeder versicherte Ballen Baumwolle. Bei meiner Ankunft in New York bestand mein ganzes Hab und Gut aus ein paar Penns.

Nach vielen Tagen erhielt ich eine Stelle als Spüljunge in einem Restaurant, später in einem Hotel. Ich war Tag und Nacht in Schweiß gebadet, die feuchte Hitze in den Kellern war unerträglich. Bodenlang, ja Rausche hindurch sah ich kein Tageslicht. In den

Kommunisten zum Strafgesetz.

Ein merkwürdiger Antrag.

In der weiteren Beratung des Strafgesetzausschusses des Reichstages wurde am Dienstag § 8 des Entwurfs beraten, nach welchem eine Tat an jedem Ort begangen ist, wo sich der Täter an dem der strafbaren Handlung ganz oder zum Teil verwirklicht hat oder im Falle des Versuches nach dem Vorlage des Täters verwirklicht hätte. Genosse Levy wendete sich gegen diese Fassung des § 8, indem er auf die Gefahr hinwies, daß sich auf Grund einer so weitgehenden Bestimmung jedes Gericht in Deutschland für zuständig erklären könnte. Denn wenn es nun darauf ankommt, ob es möglich sei, daß eine strafbare Handlung an einem bestimmten Ort begangen werden sollte, könne bei der jetzigen Zusammenfassung der Gerichte leicht der Zustand eintreten, daß die Staatsanwaltschaften verschiedener Gerichte Strafverfahren einleiten.

Abg. Rahl (D. Sp.) erwiderte, daß man mit Mißtrauen gegen die Gerichte und Staatsanwaltschaften nicht zu weit gehen soll. Rahl längerer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag auf Einschränkung des § 8 gegen die sozialdemokratischen, kommunistischen und demokratischen Stimmen abgelehnt.

Dann wendete sich der Ausschuss der Beratung eines kommunistischen Antrages zu, der, soweit er einen richtigen Kern enthält, an eine spätere Stelle der Beratungen gehört, im übrigen aber recht merkwürdig ist. Die Kommunisten beantragten nämlich, auszusprechen, daß die Strafgesetze nicht anzuwenden seien erstens auf Handlungen von Personen unter 16 Jahren, zweitens auf Handlungen von Personen — über 70 Jahren, es sei denn, daß sie im politischen Leben stehen oder die Handlungen aus fittlicher oder politischer Ueberzeugung begangen haben, drittens auf die durch die Reichsverfassung und geschützten Verwehungen der freien Meinung, viertens auf Handlungen, deren Verantwortlichkeit durch die Reichsverfassung bestimmt ist.

Abg. Koenen begründete diesen Antrag, entsefelte aber allgemeine Heiterkeit, als er scheinbar ernstlich vorschlug, alle über Sebzig-jährigen immer und für alle strafbaren Handlungen für straflos zu erklären, dagegen bei politischen Delikten Bestrafung eintreten zu lassen. Man rief ihm zu: Klara Zettin?

Abg. Rahl wendete sich gegen diesen Antrag, den er mit Recht als ein Unikum bezeichnete.

Abg. Barth (Dnalk.) wünschte die Einarbeitung der Bestimmungen des Jugendstrafrechts in das allgemeine Strafrecht.

Genosse Rosenfeld trat dem entgegen, indem er es als Fortschritt bezeichnete, daß die besonderen Straf- und Erziehungsmaßnahmen für Jugendliche, getrennt vom allgemeinen Strafrecht, geregelt würden. Die Reform des Jugendrechts sei notwendig, sie müsse aber außerhalb des Strafgesetzes erfolgen. Den kommunistischen Antrag über die Sebzigjährigen lehnte unter Redner als einen lächerlichen Vorschlag ab, auch wegen der Unmöglichkeit, kriminelle straflos zu lassen, bei politischen Delikten aber Bestrafung zu ermöglichen.

Genosse Landsberg wies darauf hin, daß die Heraushebung des Jugendstrafalters an einer anderen Stelle des Gesetzes zu behandeln sei, daß die anderen Bestimmungen schon in der Verfassung geregelt seien. Der Antrag auf Straflosigkeit der über Sebzigjährigen würde zur Folge haben, daß ein alter Salan, der gewohnheitsmäßig auf Kinder Jagd mache, straflos sei, und das müßte entschieden abgelehnt werden.

Der kommunistische Antrag wurde dann mit allen Stimmen gegen die zwei Kommunisten abgelehnt, wobei der Ausschuss sich aber ausdrücklich vorbehalt, über die Heraushebung des Jugendstrafalters später zu beraten.

Die Beratung der folgenden Paragraphen wurde auf Mittwoch vertagt.

Wirths Sonderkonferenz. Wie die „Königliche Volkszeitung“ meldet, hat Dr. Birth, nachdem er den Verhandlungen des Zentrumskomitees in Freiburg ferngeblieben war, nunmehr selbst eine eigene Besprechung in Sachen des Reichsgesetzes für den kommenden Donnerstag in Heidelberg anberaumt. Dazu sollen einige Abgeordnete, u. a. auch Dr. Weismantel und Dr. Michel eingeladen worden sein.

Der angekaupte Landgerichtsrat von Breslau, über dessen Verteidigungen gegen republikanische Postiller wir berichteten, wird jetzt für seine Heldentaten zur Rechtschafft gezogen. Nach dem amtlichen Preußischen Presbident ist ein Ermittlungsverfahren des Staatsanwaltschafts bereits eingeleitet.

Die Leiche des tragisch verunglückten Freiherrn v. Nathant wurde am Dienstag in Anwesenheit zahlreicher Regierungs- und Behördenvertreter feierlich im Schloß von Großenludow beigelegt.

fohenden Arbeitsräumen zu schlafen, war unmöglich. Ich wollte um jeden Preis wieder ans Tageslicht gelangen und — lag auf der Strafe. Ein ganzes Jahr voll Schreden und Bergewissung folgte. Ich schlief unter den Sternen und die Müllkästen besetzten das Essen.

Aus den Städten hegte mich der Hunger aufs Land und ich rannte von Farm zu Farm, suchte Arbeit und fand keine. Bettelnd ließ ich von Tür zu Tür. In einem Bergwerk in Connecticut fand ich wieder Arbeit. Zwei Jahre habe ich hier geschafft und gewann dabei die unumstößliche Ueberzeugung, daß der Klassenkampf unbedingte Notwendigkeit für die Massen bedeute.

Mit dieser Erkenntnis kehrte ich nach New York zurück, arbeitete als Kellner und verschaffte mir nach öfterem Hin und Her eine feste Stellung in Plymouth. Als Fischverkäufer durchzog ich die Straßen. Es brachte nicht viel ein, aber es ernährte mich und hinderte mich nicht, jede Versammlung zu besuchen. Es gab für mich keine größere Freude, als Genossen für unsere Ideale zu gewinnen. Das war mein Fehler in den Augen jener, die mich im Mai 1919 bei einer Protestkundgebung gegen die Hinrichtung eines Anarchisten verhaften und gleichzeitig unter die Anklage des Mordes stellen ließen. Mein Freund Sacco teilte das Los mit mir.

Deutsch von C. P. Hiesgen.

220 000 Sklaven vor der Freilassung. Der dem Gouverneur beigeordnete geschätzende Rat des britischen Schutzgebiets Sierra Leone in Oberguinea hat soeben in erster Lesung ein Gesetz angenommen, durch das vom 1. Januar 1928 an die Sklaverei in der britischen Kolonie endgültig aufgehoben wird. Das Gesetz sieht keinerlei Entschädigung für die Sklavenshalter vor. Man schätzt die Zahl der heute noch in dem Schutzgebiet lebenden Sklaven auf annähernd 220 000. Wenn das Gesetz, wie zu erwarten, in zweiter und dritter Lesung angenommen wird, so erhalten damit die Sklaven das Recht, ihre Herren zu verlassen. Das Gesetz enthält die drei folgenden Paragraphen: Niemand darf in Zukunft mehr als Sklave nach dem Schutzgebiet Sierra Leone gebracht werden. Die Kinder der Sklaven werden für frei erklärt. Jede Person, die aus der Sklaverei flüchtet und nach der Kolonie Sierra Leone entkommt, gilt als frei.

Ratten- und Mäusejaden. Eine Riesenrechnung hat den englischen Ratten und Mäusen Sir Thomas Horder bei einer Konferenz der „Hochschule für Zoologie“ aufgemacht. Er schätzte die Werte, die von den Ratten und Mäusen in Groß-Britannien im Jahr verzehrt werden, auf 99 Millionen Pfund, also auf fast 2 Milliarden Mark. Diese Schätzung ist folgendermaßen zustande gekommen: Man kann annehmen, daß es so viele Ratten in England gibt wie Menschen, also 44 Millionen. Jede Ratte verzehrt täglich für einen Penny Nahrung. Das sind 44 Millionen Penny am Tage oder 66 Millionen Pfund im Jahr. Eine Maus verbraucht täglich Nahrung im Werte von einem halben Penny und da man die Zahl der Mäuse etwa ebenso groß annehmen muß wie die der Ratten, wird von ihnen für 33 Millionen Pfund jährlich getroffen.

Disco als Galk-Regie im Lichthaus Nationaltheater. Nach einer Meldung der Wiener Presse hat das Lichthaus Nationaltheater den Regisseur Erwin Disco eingeladen, im Laufe der diesjährigen Spielzeit ein klassisches Drama in Prag zu inszenieren.

Parteien und Steuervereinfachung.

Beratung im Hauptauschuss. — Eine Zurückweisung des Genossen Hirsch.

Der Hauptauschuss des Landtages setzte gestern vormittag die Beratung über den Reichsgesetzentwurf über die Steuervereinfachung fort.

Der Abg. Schwent (Komm.) lehnte den Entwurf ab, da die Steuern in hohem Maße auf die breiten Massen abwälzbar seien.

Abg. Herold (S.) begrüßte die in der Debatte zutage getretene Uebereinstimmung in der Beurteilung des Entwurfes durch die großen Parteien und hofft, daß der Reichstag ein Gesetz schafft, das alle befriedigen wird.

Abg. Ludendorff (Wirt. Bg.) bekämpft den Entwurf. Die Zentralisierung des Steuerwesens bringe gegenüber den Zuständen im alten Kaiserreich eine erhebliche Verteuerung.

Abg. Genosse Hirsch:

Die Auffassung des Abg. Herold, daß in der Beurteilung des Entwurfes unter den großen Parteien eine erfreuliche Uebereinstimmung herrsche, ist nicht richtig. Unsere Stellung weicht ganz erheblich von der der Rechtsparteien ab. Ganz unbeschadet von unserer sonstigen Stellung zu den Realsteuern, insbesondere zur Gewerbesteuer, wenden wir uns gegen die Verpflichtung für die Gemeinden, diese Steuern zu senken, denn die Herabsetzung müßte dazu führen, daß die Tarife erhöht und wichtige kulturelle Verpflichtungen abgelehnt werden. Grundsätzlich unterscheiden wir uns von den Rechtsparteien in der Frage der Anbahnung und Mitbestimmung von Interessentengruppen, die sie sogar noch erweitern, wir dagegen völlig beifällig sind. Ueber die Steuerhöhen können unmöglich die Interessenten, sondern nur die dafür in Frage kommenden Körperschaften entscheiden. Im übrigen wenden wir uns

gegen die Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden.

Gegen eventuell vorkommende Dummheiten gibt es eine Korrektur durch die Wähler. Die Rechtsparteien wollen offenbar darauf hinaus, gegen die Stadiverwaltungen, die aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangen sind, in verflechter Form ein Gegengewicht zu schaffen. Darauf werden wir uns nicht einlassen. Die in der Debatte vorgebrachten Angriffe gegen die Gemeinden weisen wir zurück. Es ist nicht richtig, daß die kommunale Kassa gegenüber großen Gelbbaubanken verlagert hat. Richtig ist, daß vielfach Krankenhäuser und wichtige Wohlfahrtsanstalten wegen Geldmangels nicht eingerichtet werden können. Die Vorkürze gegen die angebliche Verschwendungssucht der Kommunen sind also völlig deplaciert.

Daß nach deutschnationaler Behauptung die kommunalen Spitzenverbände Arm in Arm mit dem Reich einen Kampf gegen die Länder führen, ist nicht richtig. Auf dem Städtetag in Magdeburg haben sich z. B. die Gemeinden lediglich dagegen gewehrt, daß ihnen durch die Gesetzgebung immer neue Lasten aufgelegt werden, ohne ihnen die Möglichkeit der Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Verpflichtungen zu geben. Ein Wiederaufstieg unseres Volkes kann nur erfolgen, wenn die einzelnen Glieder der Verwaltung, also insbesondere auch die Gemeinden, gesund sind.

Abg. Köhler (S.) hält den Zeitpunkt für Einbringung des Entwurfes nicht für richtig. Wenn er in der vorliegenden Form Gesetz wird, würde der Landtag zu einer Tarifkommission herabstufen. Die Anordnung der Berufsverteilungen sei für seine Freunde eine Selbstverständlichkeit.

Abg. Jakobshagen (Dnat.) vertritt die Ansicht, daß die Senkung der Realsteuern das erste Ziel der Gesetzgebung sein muß und daß der Entwurf nach dieser Richtung hin der erste Schritt ist. Das trifft auch zu in bezug auf die Anhörung der Interessentengruppen, die für ihn und seine Freunde mit das wichtigste seien.

Abg. Dr. Falk (Dem.): Zweifelloser besteht in bezug auf die Tendenz des Entwurfes, zu einer Vereinfachung des materiellen Steuerrechtes zu kommen, weitgehende Uebereinstimmung. Die zwangsläufige Senkung der Realsteuern dürfte allerdings unmöglich sein. Die Relation zwischen Einkommen und Realsteuern muß wieder hergestellt werden. Ihr Abbau ohne andere Zuweisungen wäre für die Gemeinden ein gefährlicher Weg, da das zu einer Steigerung der Tarife führen müßte. Darin hat der Abg. Hirsch völlig recht. Es gibt kaum eine große Stadt, die nicht große Finanzsorgen hat. Der Magdeburger Städtetag und mit ihm der volksparteiliche Oberbürgermeister Jarres hat sich mit erfreulicher Mehrheit zum Einheitsstaat bekannt. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Landesfinanzausgleich die Kommunen nicht befriedigt hat. Erparnisse könnten auch in der preussischen Verwaltung gemacht werden; hier wäre eine Rationalisierung dringend nötig. Die Tendenz des Entwurfes wird von uns gebilligt und deshalb stimmen wir ihm zu.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wohlf:

Wollte das Reich einen Teil der Steuern für sich in Anspruch nehmen, um über verfassungsmäßige Bedenken hinwegzukommen, so würde der Reichsrat diese Bestimmung streichen. Ich hätte gewünscht, daß hier nicht über Einzelheiten debattiert worden wäre, denn das ist Sache des Reichstages. Es ist meine Auffassung, daß über die Tendenz, über das ganze Reich zu einer Steuervereinfachung zu kommen, weitgehende Uebereinstimmung herrscht. Ueber das Anordnungsrecht der Berufsverteilungen herrschen allerdings Meinungsverschiedenheiten. Aber bis jetzt sind damit nur gute Erfahrungen gemacht worden. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, wäre unzweckmäßig. Die Beratungen haben der Staatsregierung gezeigt, daß die Tendenz des Entwurfes gebilligt wird. Damit schließt die Aussprache.

Vorschüsse auf die Rentenerhöhung.

Kriegsbeschädigte erhalten 25 Proz. der Rente.

Der Reichstagsauschuss für Kriegsbeschädigtenfragen befaßte sich am Dienstag mit der Frage der Gewährung von Vorschüssen auf die nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz zu erwartende Erhöhung der Militärrenten. Der Ausschuss beschloß, auch den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Vorschüsse zu zahlen. Zur Vermeidung von technischen Schwierigkeiten soll jedoch hier die Regelung in der Weise erfolgen, daß die Vorschüsse für die Monate Oktober und November gleichzeitig und zwar zusammen mit der Rente für November, gezahlt werden. Als Zahltag wird in diesem Fall voraussichtlich der 27. Oktober — die Zahlung erfolgt also einige Tage früher als sonst — in Frage kommen.

Der Vorschuss selbst beträgt bei den Beschädigten monatlich etwa 25 Proz. der bisherigen Rente. Infolgedessen erhalten die Beschädigten Ende Oktober zu ihren gesetzlichen Rentenbeträgen nicht wie bisher eine Rentenerhöhung von 22 Proz., sondern unter Zusammenfassung der Novemberrente und der Vorschüsse für Oktober und November eine solche von 80 Proz. der Grundbeiträge. Bei den Hinterbliebenen, deren Renten diesmal nicht in dem gleichen Umfange erhöht werden, ist für die gemeinsame Zahlung eine Rentenerhöhung von 40 Proz. vorgesehen. Die Zusatzrentenkafte werden in der bisherigen Höhe weitergezahlt.

Balkanbomben. In Kofchan, einer jüdischen Grenzstadt im Bezirk Sio haben Unbekannte zwei Granaten gegen das dortige Offizierskasino geschleudert, ohne daß indessen eine Explosion erfolgte. Die Granaten sind ältere, früher bei der bulgarischen Armee gebräuchliche Modelle.

Das Jehova-Denkmal bei Tannenberg

„Alles jüdische Mache“ — sagt Ludendorffs Wochenschrift.

Die „Deutsche Wochenschau“ (völkische Feldpost), das Blatt des Tannenbergbundes, dessen Schirmherr General Ludendorff ist, bringt unter der Ueberschrift „Das Jehova-Denkmal bei Tannenberg“ folgende Schilderung:

Nicht am Tage der großen Schlacht war die Einweihung des Denkmals, sondern ganz zufällig im Anschluß an das Neujahrsfest der Juden und Freimaurer, und das war gut so, denn dem erstaunten Auge zeigte sich auf dem Schlachtfeld ein streng nach den Gesetzen des heiligen jüdischen und freimaurerischen Symbols Jehovas errichteter Bau. Quadratische kunstlose Türme, durch kunstlose Mauer verbunden und im Innern, im „Ehrenhof“,

ein großer Kubus, vor dem bei der Feier der Reichspräsident betend seinen Heim abnahm.

Während vier Stunden, die ich auf der Tribüne vor dem Denkmal saß, hatte ich Zeit, mich über diese tollkühne Verhöhnung unserer Rasse durch das auserwählte Volk und seine Levitenpriesterchar der Freimaurer zu freuen. Und durfte dabei über dem Eingangstor zum Ehrenhof die zehn auf die Front des Torturmes gelegten Schwerter bestaunen, die den jüdisch-kabalistischen Baum, das heiligste Symbol der jüdisch-freimaurerischen Welt Herrschaft mit seinen drei Säulen streng nach den Gesetzen der Kabbalah darstellten.

Wie recht hatte das Festprogramm, das Ludendorff gar nicht erwähnte. Was hatte der Deutscheste Mann bei dieser Feier am jüdisch-freimaurerischen Neujahrsfest zu tun? Als ich dies nachdachte, trabte das Kellergeschwader heran, das Ludendorffs Wagen geleitete, brausender Jubel kündete ihn an,

das Volk erkannte den Schöpfer der Schlacht

und jubelte ihm, dem nicht Erwähnten und deshalb gar nicht Erwarteten, doppelt glücklich zu. Als später Ludendorff bei dem Abfahren der Front seiner Forderung gemäß in einem eigenen Wagen hinter dem Reichspräsidenten 1½ Stunde lang die Front abfuhr, wiederholte sich das gleiche, und Juden hinter mir sagten entrüstet: „Die brüllten bei Ludendorff lauter wie bei dem Sieger von Tannenberg.“

Die Feier vor dem Kubus im Ehrenhof entzog sich meinen „profanen“ Blicken und das nächste, was ich miterlebte, war der Anblick des Feldherrn Ludendorff, der mit seinem Adjutanten allein auf der Feldherrntribüne stand, weil er es ablehnte, mit sozial-

demokratischen Ministern zusammen in einem der kubischen Türme zu frühstücken. (Waren ja gar keine da! Red. d. „D.“) Dann kam der historische Moment, an dem Hindenburg, Madensen und die anderen Generale die Feldherrntribüne bestiegen und — den Reichstanzler Marx, den Minister des Innern Erzgrinstki (War ja gar nicht da! Red. d. „D.“) und den Vertreter des Ministerpräsidenten Braun auf die Feldherrntribüne mitnahmen, um den Parademarsch abzunehmen!!!

Als der Feldmarschall diese Herren hinaufgebeten hatte, verließ Feldherr Ludendorff die Tribüne!!!

Der Vorbeimarsch begann: Ludendorff hatte bekanntlich durch die Antändigung seiner Anwesenheit das Reichsbanner und alle anderen republikanischen Verbände gezwungen, von der Feier fernzubleiben.

Der General begab sich in die Anmarschrichtung der Verbände: die Erlauten strahlend ihren Feldherren, und marschierten dort im Parademarsch vorbei. Ihre Musikkorps begannen wie auf Befehl zu spielen, und

so hatte das Volk den einsamen Platz Ludendorffs im Ru zum Feldherrnhügel gemacht.

Die Augen leuchteten dem ihnen so nahestehenden Führer entgegen, die zweite Stelle war die Tribüne, auf der Generalshelme der alten Armee und Zylinderhüte der sozialdemokratischen und jesuitischen Führer buntermischt vereint waren, aber natürlich, wie sich dies am jüdischen Neujahrsfest ziemt, die Zylinder in der ersten Reihe. Fremd und verwundert lernte der Blick der Vorbeimarschierenden auf diese buntschöne Tribüne.

Die völkischen Verbände, darunter der Tannenbergbund, weigerten sich, an jenen Zylinderträgern vorbeizumarschieren, und der Feldherr Ludendorff nahm ihren Vorbeimarsch am Schluß gefordert ab.

Der politische Kern dieses ziemlich irrsinnigen Schriftstücks ist der Streit um den Schlachtenruhm von Tannenberg. Die Feier muß als jüdische Mache heruntergerissen werden, weil der alte Herr v. Hindenburg und nicht der große Schlachtenheld Erich Ludendorff in ihrem Mittelpunkt stand. Dieser kleinliche Neid um den Ruhm ist für die Generale und Admirale der kaiserlichen Armee typisch.

Ueber die wirkliche geistige Urheberchaft des Schlachtplans von Tannenberg sind bekanntlich die Meinungen immer noch geteilt. Kundige tippen auf den verstorbenen General Hoffman, den Gatten einer geborenen Stern.

Noch kein Ende in Gensf.

Stresemann erzwingt Neuprüfung der Westerplattenfrage. — Der künftige Wirtschaftsrat des Völkerbundes.

Gensf, 27. September. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat konnte am Dienstagvormittag keine Arbeiten noch nicht zu Ende führen und muß am Mittwochvormittag nochmals zusammentreten. Der Streitfall um die Danziger Westerplatte,

der zur Behandlung gelangte, beanspruchte gegen zwei Stunden und endete auf Antrag Dr. Stresemanns mit einer neuen Verschiebung der Angelegenheit auf die Dezembertagung.

Der Bericht Villegas erachtete den Entscheid des Völkerbundskommissärs van Hamel vom Frühjahr im wesentlichen als richtig, was vom Senatspräsidenten Dr. Sahm in einer längeren Rede bestritten wurde, in welcher er sich namentlich darauf stützte, daß der Westerplatte als Gebiet für das polnische Munitionsdepot vom Völkerbundsrat ausdrücklich keine Exterritorialität zuerkannt worden sei und deshalb die freie Stadt Danzig das Recht und die Pflicht habe, alle ihre Hoheitsrechte auf die Westerplatte geltend zu machen. Der polnische Vertreter in Danzig, Stachburger, berief sich demgegenüber auf den erwähnten Entscheid des Völkerbundskommissärs, wonach die Danziger Polizei- und Zollorgane nur in ganz bestimmten Fällen und mit besonderen Ausweisen die Westerplatte betreten dürfen. Das genüge aber auch durchaus, nachdem Polen auf der Westerplatte eine eigene Sicherheitswache unterhalte und die Munition sowieso zollfrei sei.

Hier griff Außenminister Dr. Stresemann ein, um die prinzipielle Tragweite der Angelegenheit hervorzuheben: Die Souveränität eines Staates über sein eigenes Gebiet schließt einfach das Recht nicht aus, daß seine Organe dieses Gebiet nicht frei betreten können. Es wäre ein unmöglicher Zustand, wenn der Danziger Senatspräsident dem Senat erklären müßte: Gewiß besteht Danzig die Souveränität über die Westerplatte, die Behörden der freien Stadt Danzig können aber für die Sicherheit auf diesem Gebiet keine Verantwortung übernehmen, weil ihnen der Zutritt unterbunden ist. Deshalb beantragte Dr. Stresemann, diese grundsätzlichen Rechtsfragen durch den Berichterstatter und zwei von ihm frei zuzuziehende Juristen nochmals gründlich prüfen zu lassen.

Stachburger opponierte dem Antrage, und der Völkerbundskommissär van Hamel versuchte in längeren Ausführungen zu beweisen, daß sein Entscheid der Stadt Danzig ein Maximum von Rechten gewähre. Als aber Dr. Stresemann seinen Standpunkt nochmals nachdrücklich verteidigte und zweimal bestimmt erklärte, er könnte für den Bericht und Antrag Villegas in der vorliegenden Form nicht stimmen, wodurch der Rat beschlußunfähig wäre, lenkte der polnische Vertreter ein und der Antrag Stresemanns wurde angenommen.

Dann folgte ein Bericht Dr. Stresemanns über die Entscheidungen der Versammlung zu den

Ergebnissen der Wirtschaftskonferenz.

Für den Wirtschaftsausschuss, der 15 Mitglieder zählen darf, wird die Wahl eines Amerikaners in Aussicht genommen. Die Mitglieder des Ausschusses sollen vom Rat als persönliche Sachverständige und nicht als Vertreter ihrer Regierungen für drei Jahre gewählt werden und wiederwählbar sein. Ueber die Zusammensetzung des neuen rund 35 Mitglieder zählenden Wirtschaftsrates wird ebenfalls in der Dezembertagung entschieden werden.

Darauf behandelte der Rat noch die Resolutionen der Völkerbundversammlung zur

Sicherheits-, Schiedsgerichtsbarkeit- und Abrüstungsfrage.

Die polnische Nichtangriffsdeklaration soll sämtlichen Regierungen zur Kenntnis und Empfehlung mitgeteilt werden. Alle übrigen Resolutionen werden der Vorbereitenden Abrüstungskommission und ihrem politischen Sonderkomitee zur weiteren Prüfung überwiesen.

Zum Schluß beschloß der Rat, die aus dem Rat ausgeschiedenen Mitglieder Belgien, Tschechoslowakei und Salvador einzuladen, ihre Vertreter in der Vorbereitenden Abrüstungskommission weiterhin zu belassen. Ebenso wurde beschlossen, in das Sonderkomitee für die Sicherheitsfragen der Vorbereitenden Abrüstungskommission auch den Griechen Politis zuzuziehen.

Pariser Kommunistenprozesse.

Harte Urteile für Soldatenaufwiegelung.

Die kommunistischen Abgeordneten Ducloux und Marty, die zurzeit eine Gefängnisstrafe verbüßen, sind wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Zweite anarchistischer Propaganda zu je fünf Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Mit ihnen wurden wegen des gleichen Vergehens abgeurteilt der frühere und der gegenwärtige Geschäftsführer der „Humanité“ und drei weitere Kommunisten, gegen die sämtlich auf je drei Jahre Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe erkannt wurde. Zwei der Verurteilten sind zurzeit unbekanntem Aufenthaltsort.

Abenteuer in Mussolinien.

Der rote Strich Eugenbergs.

Niemand wird behaupten wollen, daß Herr Hugenberg und seine „Vokal-Anzeiger“-Presse einen irgendwie röllisch-sozialistischen Einschlag haben, ausgenommen die sindigen Späher Mussolinis, des italienischen Gesinnungsgenossen so manchen Hugenberg-Jünglings. Da hat nämlich ein Korrespondent der „Anastasia“-Nachtausgabe in Brindisi dieses Abenteuer gehabt: Er wollte die Zollkontrolle passieren; man hielt ihn fest und polkte ihm heimlich still und leise seine Zeitungen aus der Tasche. Zweck besserer Sichtbarkeit aber befindet sich nun unter der dreispaltigen Ueberschrift der „Nachtausgabe“ ein bider roter Strich. (Was in der dreispaltigen Ueberschrift steht, stimmt meistens nicht, aber der rote Strich ist tatsächlich eine Tatsache!) In dessen: Ein roter Strich! Mussolini braucht so Graufignes nur zu sehen, um zu schäumen! Lassen wir Hugenberg sprechen! Die „Nachtausgabe“ schreibt:

„Was ist das?“ fragte er (der italienische Zollbeamte) noch einmal, schneidend, und wies dabei — vor Abscheu grün und gelb im Gesicht — auf den roten Strich unter der Ueberschrift. „Ein Strich“, sagte ich ebenso harmlos. Denn mehr war es wirklich nicht. Ein einfacher Strich. — „Aber ein Strich! Aber was für einer?“ — „Ein roter“, erläuterte ich treuherzig. „Ah! Ein Roter!“ Der Soldat warf seinem Chef und dann mir einen Blick zu, als wollte er sagen: Soll ich den Kerl jetzt gleich an die Wand speien? Das Geschickste wäre es!

Nachher hat man freilich gemerkt, daß es sich nicht um einen geheimnisvollen Sendling des „Vorwärts“, des „Kranz“ oder eines anderen sozialistischen Blattes handelte. Es war bloß ein Hugenberger, ein Gesinnungsgenosse aus Germania! Warum sollte der „an die Wand speien“ oder auf eine der mussolinischen Deportationsinseln verschleppt werden? Wenn es ein Sozialist wäre — ja dann! So aber ließ man ihn laufen. Ein Hugenberger ist unverdächtig! Man trug ihm sogar noch seine Zeitungen nach.

Nichts geht doch über eine hasenreine „Nachtausgabe“! Einen deutschen Mussolini, ja, den würde man begrüßen. Aber in die Hände des echten Benito und seiner Schergen zu fallen, das gibt Anlaß, zu wehnen und zu tränen!

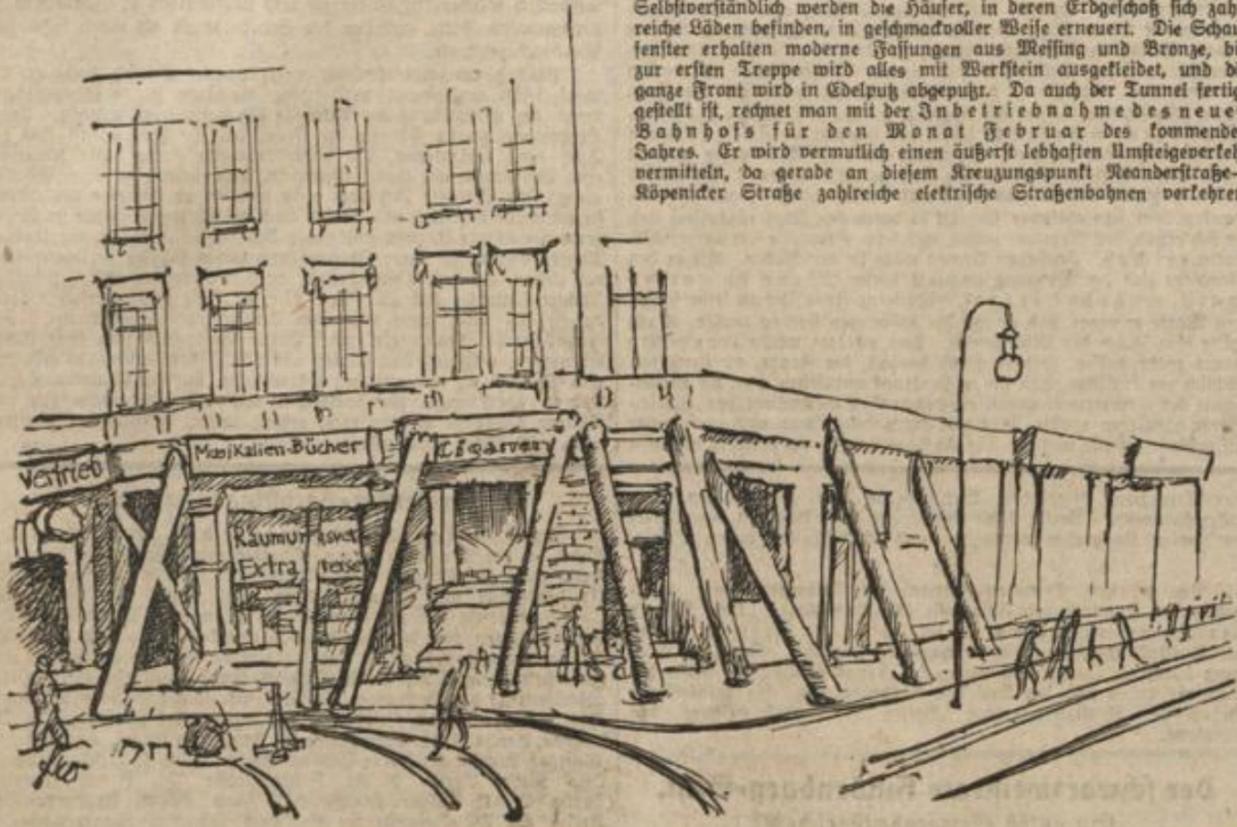
Kennt die Hugenberger das alte Sprichwort: Wer im Glasfaß sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen?

Der frühere Präsident von Brasilien Marey ist gestern in Berlin eingetroffen. Er war es, der im März 1926 hartnäckig daran festhielt, daß Deutschland keinen ständigen Ratsitz erhalte, wenn nicht Brasilien das gleiche Heil widerfahre. Um sich den dringenden Telegrammen aus Gensf zu entziehen, hatte sich Marey damals in den Urwald zurückgezogen. Daran scheiterte zunächst Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Im September 1926 verfiel er den Ansprüchen Brasiliens aus dem Völkerbund. Dann war seine Registrierungszeit abgelaufen.

Häuser auf neuen Fundamenten.

Für die Herstellung des neuen U-Bahn-Hofs „Neanderstraße“ der G-N-Bahn (zum Unterschied zur Nord-Süd die Abkürzung der im Bau befindlichen Strecke Gesundbrunnen-Neukölln) mußten von der Nord-Süd-Bahn-Gesellschaft nicht weniger als drei Häuser erworben werden, in die nunmehr die Aus- und Eingänge zu dem 130 Meter langen Bahnhof eingebaut werden. Es handelt sich hierbei durchwegs um drei- bis vierstöckige Eckhäuser (Schmidstraße 36, Neanderstraße 1 und Köpenicker Straße 76), die sämtlich unterfangen und mit den oben abgebildeten „Treibblöcken“ gestützt werden mußten. Interessant ist die Technik der „Unterfahrung“ eines Hauses. Da die Hausfundamente nur 2 Meter unter Terrain liegen, die Bahnhofszugänge

unter den Häusern aber 5 Meter tief liegen, war es erforderlich, die ganzen Hausfundamente bis auf diese Tiefe herunterzuführen. Dies geschah auf folgende Weise: die gesamten Fundamente wurden in 80 bis 90 quadratische Pfeiler eingeteilt, deren Durchschnitt 90x90 Zentimeter beträgt. In diesem Ausmaß treibt man einen Schacht hinunter bis auf die erforderliche Tiefe. Dieser Schacht wird sodann ausgesteift und von unten aus hochbetoniert und mit einem Mauerablauf von 1/2 Meter Stärke abgeschlossen. Nach systematischem Programm schreitet die Betonierung der Pfeiler, erst möglichst verteilt, vor, bis endlich das ganze Haus auf dem neuen Fundament ruht. In drei Schichten wurde Tag und Nacht gearbeitet, so daß die Unterfahrung eines jeden Hauses kaum drei Wochen beanspruchte. Selbstverständlich werden die Häuser, in deren Erdgeschos sich zahlreiche Läden befinden, in geschmackvoller Weise erneuert. Die Schaufenster erhalten moderne Fassungen aus Messing und Bronze, bis zur ersten Treppe wird alles mit Werkstein ausgekleidet, und die ganze Front wird in Edelputz abgeputzt. Da auch der Tunnel fertiggestellt ist, rechnet man mit der Inbetriebnahme des neuen Bahnhofes für den Monat Februar des kommenden Jahres. Er wird vermutlich einen äußerst lebhaften Umsteigerverkehr vermitteln, da gerade an diesem Kreuzungspunkt Neanderstraße-Köpenicker Straße zahlreiche elektrische Straßenbahnen verkehren.



Reichsregierung habe wohl Änderungen zugefagt, doch können die Kriegsoffiziere auch jetzt noch nichts von den Maßnahmen der Regierung erkennen. Während bisher die Erhöhung der Beamtenbezüge analog auch den Kriegsoffizieren zugute kam, hat es in letzter Zeit den Anschein, als ob man gewillt sei, mit den bisherigen Maßnahmen zu brechen. Ganz besonders müßten die Kriegsoffiziere heute fordern: Die Wiedereinbeziehung der 20 Proz. Abgefundenen in den Rentenprozeß, Vereinheitlichung der Witwenversorgung, Besserstellung der Kriegserbten, Übernahme der Fürsorgekosten durch das Reich und obligatorische Heilbehandlung für die Kriegsoffiziere.

Eine Resolution fand einstimmige Annahme, die besagt: Die Versammelten fordern: 1. Eine sofortige allgemeine Rentenerhöhung unter besonderer Berücksichtigung der erwerbsfähigen Hinterbliebenen und kriegsbeschädigten Kameraden. 2. Änderung und sozialere Gestaltung der gesetzlichen Bestimmungen für Eltern und wesentliche Erhöhung der Einkommensgrenzen, unter denen Elternrente gewährt wird. 3. Reichsgerichtliche Regelung der Heilbehandlung für Hinterbliebene und Berufsausbildung der Weifen. 4. Außerdem wird von der Reichsregierung verlangt, daß die Vorschuhzahlung, wie bei der Beamtenbeförderung, sofort durchgeführt wird, da die Kriegsoffiziere in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso bedrängt sind wie die Beamten der unteren Beförderungsgruppen. Im übrigen wendet sich die Resolution in scharfen Worten gegen jeden neuen Krieg.

Immer wieder die 8000 Wohnungen.

Zwei neue billigere Bauangebote.

Der Unterausschuß des Haushaltsausschusses hat sich in einer gestrigen Sitzung erneut mit dem Bemoag-Angebot beschäftigt. Der Unterausschuß konnte aber keine Entscheidung fällen, weil inzwischen beim Magistrat zwei neue Bauangebote eingelaufen waren, zu denen der Magistrat erst Stellung nehmen muß.

Diese Bauangebote haben den Kampf um die 8000 Wohnungen erneut ins Rollen gebracht. Der Unterausschuß hat sich zunächst am Donnerstag verlagert. Die beiden neuen Bauangebote scheinen nach den ersten Berechnungen billiger, als das der Bemoag, zu sein. Bei dem ersten Angebot handelt es sich um ein reines Finanzgeschäft. Die Berliner Bankfirma Georg Fromberg u. Co. hat gemeinsam mit einigen amerikanischen Banken ein Angebot überreicht, das eine Jahrespauschale von 9 455 000 M. vorsieht. Dieses Bauangebot ist um 375 000 M. Pacht pro Jahr billiger als das der Bemoag. Günstiger ist auch bei diesem neuen Angebot, daß der Pachtpreis nicht halbjährlich, sondern vierteljährlich voraus zahlbar verlangt wird. Eine wesentliche Verbilligung bringt dieses Angebot dadurch, daß diese Bankgruppe vorgelesen hat, den Grundstückspreis von 12 Millionen Mark einschließlich Anliegerbeiträge in bar zu entrichten, während die Bemoag diese Summe gegen den Pachtpreis aufrechnen wollte. Bei dem zweiten Projekt handelt es sich um ein Angebot mehrerer Baufirmen unter der Führung der Berliner Bankfirma Hardt u. Co. Beteiligt sind noch die Firmen Hellmann u. Rütman, Industriebau Feld u. Franke L. B. und Schrobbsdorf. Diese Gruppe verlangt an jährlichem Pachtpreis 10 370 000 M. Dafür geht aber schon nach 25 Jahren das Bauvorhaben in den Besitz der Stadt über. Diese Baugruppe hat für das Grundstück einen Preis von 16 Millionen Mark eingeleht und verlangt die Miete monatlich im voraus. Beide Baugruppen haben ihr Angebot genau nach den Ausschreibungen des Magistrats eingereicht. Auch die in der Zwischenzeit bei den Verhandlungen mit der Bemoag abgeänderten Bedingungen sind den beiden Bauangeboten zugrunde gelegt.

Der Magistrat wird sich, wie wir hören, schon in den nächsten Tagen mit beiden Bauangeboten beschäftigen und dann wahrscheinlich den Unterausschuß mit der weiteren Prüfung beauftragen. Zu wünschen ist nur, daß die Verhandlungen bald abgeschlossen werden, denn mit endlosen Beratungen ist den Berliner Wohnungsuchenden schließlich auch nicht gedient.

21 deutsche Flugweltrekorde. Nachdem die Fédération Aéronautique Internationale jetzt die Feststellung der Nationalität der Weltrekordhalter nach der Nationalität des ersten Flugzeugführers bei erfolglosen Flügen getroffen hat, entfallen auf Deutschland 21 Weltrekorde. Von diesen sind elf auf Junkers-Flugzeugen aufgestellt, unter diesen der bedeutungsvollste, der Weltrekord im Dauerflug, der von Edvard auf Junkers W 33 mit 52 Stunden 23 Minuten gehalten wird.

Gegen Krieg, für die Kriegsoffiziere!

Eine beachtliche Tagung.

Am Montag veranstaltete der Reichsbund der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen eine stark besuchte Kundgebung in „Alte Kasse“. Hauptredner Paul Ebert sprach die Begrüßungsworte. Danach begann Henri Demont, Präsident der französischen „Gesellschaft zur Bekämpfung des Verbrechens Krieg“, mit seinem Referat, indem er zunächst Genossen Rohmann für das Zustandekommen der Versammlung dankte.

Er führte dann weiter aus, daß er im Felde angesichts der Verwundeten und Toten den Eid geleistet hat, alles zu unternehmen, um das Verbrechen Krieg für die Zukunft zu verhindern. Er geht dabei von dem Entwicklungsgedanken aus. In früheren Zeiten töteten die stärkeren Individuen einfach die Schwächeren. Die Zivilisation hat diesem Treiben gewisse Schranken gesetzt, dadurch, daß die Völker Gerichte geschaffen haben und eine Polizei, die über die Ausführung der Gesetze wacht. Demont will dasselbe

Prinzip auch auf Beziehungen der Völker zueinander übertragen. Er stellt sich die Weltverfassung mit drei Befugnissen vor, einer gesetzgebenden, einer richterlichen und einer ausführenden, d. h. einer Weltpolizei. Die gesetzgebende Verammlung soll ein internationaler Senat sein, der Gesetze gibt. Die Mitglieder sollen in jedem Land durch allgemeines Wahlrecht gewählt werden. Der Gerichtshof soll aus internationalen Juristen bestehen. Der Weltpolizei wird der Präsident des Senats vorstehen. Sie wird die oberste Autorität der Welt sein. Die nationale Würde des einzelnen Staates soll nicht angetastet werden, sondern gesichert weiter bestehen in dieser Gesellschaft der Staaten. Demont stellte seine Ausführungen durchaus nicht als Utopie hin. Seine etwas theoretischen Ausführungen wurden bei der Uebersetzung mit Beifall aufgenommen. Demont schlug vor, daß die Delegierten am Vorkund, den er nicht als ideal hinstellte, aber immerhin als lebenden Faktor gelten ließ, jedesmal von neuem für die Errichtung und Ausdehnung eines internationalen Gerichtshofes mit aller Entschiedenheit eintreten müßten.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede Demonts referierte Schubert über den Stand der Versorgung. Die

Die Silberwärme

Von Rex Beach

(Nachdruck verboten)

Katzenhafte Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Doppel

„Rein!“ schrie Willis Marsh, „ihr könnt meintwegen allesamt zur Hölle fahren.“

Im nächsten Augenblick hatte der Mischling sich auf Marsh gestürzt, die anderen sahen ein Messer in seiner Hand blihen. Da aber fiel Emerson ihm in den Arm, und alle drei taumelten zu Boden. Mildred schrie auf und flüchtete zu ihrem Vater, der beschützend den Arm um sie legte. Sie hörte Boyd den Matrosen zurufen: „Geht aus dem Wege! Ich halte ihn!“

Sie sahen, wie er und der Indianer mit einander rangen, jetzt taumelten sie gegen die Kajüte der Nacht, so daß die Glascherben auf sie herabkrasselten. Sie sahen, wie Emerson der Hand des Mischlings ein Messer entrang und über Bord warf. Jetzt aber eilte Cherry Malotte herbei, und bei dem Klang ihrer Stimme gab der Indianer den Kampf auf.

Wayland verließ seine Tochter, bahnete sich einen Weg durch die Matrosen und beugte sich über den Mann, den er sich als Schwiegerohn erwählt hatte: „Doktor Berry! Berry soll sofort geholt werden, er ist an Land gegangen.“

Mildred aber stoh auf die Kajüte zu. Einige Augenblicke später fand Emerson sie bewußtlos neben der Treppe, mit einer hysterisch schluchzenden Kammerjungfer neben sich.

27.

Fast eine Stunde sah Boyd Emerson allein an Bord der „Grande Dame“ und wartete auf Mildred. Keiner widerlegte sich mehr seiner Anwesenheit an Bord, und er hatte reichlich Zeit, seine Lage zu überdenken. Es war nicht allein Willis Marsh unerwarteter Sturz, der solch große Verwirrung und Veränderung in seinen eigenen Zielen und Reigungen hervorgerufen hatte. Er war trotzig zur Nacht hinausgekommen, um seine Drohung auszuführen und eine Verständigung mit Mildred Wayland zu erzwingen. Jetzt aber, wo er hier war, und der Weg frei vor ihm lag, begann er an seinen eigenen Wünschen zu zweifeln. Hatte, wenn er es sich recht überlegte, ihr Brief, statt ihn in Verzweiflung zu stürzen, nicht eher eine Erleichterung für ihn bedeutet? Ihm

war, als ob er von einer Bürde befreit worden wäre, und dieses Gefühl wiederum verursachte ihm einen leisen Schmerz.

Es war schon spät, als Mildred endlich aus der Kajüte kam. Boyd ging, eine Zigarre rauchend, an Deck auf und ab.

„Wo sind die anderen geblieben?“ fragte sie.

„Sie sind an Land gegangen. Marsh hat darauf verzichtet, den Indianer dem Gericht auszuliefern.“

„Wie ich höre, ist Marsh nicht gefährlich verwundet?“

„Aber es hätte nicht viel gefehlt.“

„Hast du Vater gesprochen?“

„Wir hatten eine kurze Unterredung.“

„Habt ihr euch vertragen?“

„Rein. Aber ich glaube, daß er die Sache jetzt richtiger auffaßt — jedenfalls mit bezug auf Marsh. Das übrige ist nur eine Zeitfrage.“

„Was für eine schreckliche Lage! Warum hast du zugegeben, daß Vater meine Verlobung mit diesem Menschen veröffentlichte?“

Emerson sah sie erstaunt an. „Ich? Entschuldige — wie hätte ich es verhindern können?“

„Du hättest es vermeiden können, ihn zu reizen. Ich finde, du nimmst wenig Rücksicht auf mich.“

Boyd betrachtete die Glut seiner Zigarre, während eine leise Munterkeit in seinen Augen aufblitzte.

Mildred fuhr fort: „Sogar diese Person benutzte die Gelegenheit, um mich auf die infamste Weise zu demütigen.“

„Mich dünkt, sie hat dir eher einen großen Dienst erwiesen. Und ich bezweifle nicht, daß ihr die Szene ebenso peinlich war wie dir.“

„Es ist sehr edel von dir, daß du sie in Schutz nimmst. Hast du vielleicht die Absicht, die Bekanntschaft fortzusetzen?“

„Komm, jetzt dich,“ antwortete er, „ich möchte mit dir sprechen.“ Er zog das Kape fester um sie und führte sie zu einem Deckstuhl. Er fühlte, daß die Veränderung in ihm immer festere Formen annahm, er wußte jetzt, daß er seit seiner ersten Begegnung mit Mildred auf der „Grande Dame“ nicht mehr dasselbe für sie fühlte wie früher. Vielleicht war er nie überzeugt von ihrer Liebe gewesen als in diesem Augenblick; doch machte er die Entdeckung, daß er an diese Liebe wie an etwas dachte, das der Vergangenheit angehörte. Sie hatte gleichgültig von ihrem Ueberfluß gegeben, während Cherry — jetzt verstand er plötzlich alles, und er wurde von einem starken Gefühl der Hingabe für die Frau ergriffen, die

alle seine Sorgen mit ihm geteilt hatte. Es war ein Gefühl, sehr unähnlich jener Anbetung, die er Mildred geweiht hatte. Mildred war sein Traum gewesen, die andere aber war Blut von seinem Blut.

Sie sahen lange und sprachen zusammen, während diese Gedanken nach und nach festere Formen in dem Gemüt des jungen Mannes annahmen.

Er konnte die Veränderung, die in ihm vorgegangen war, nicht in Worte kleiden, sie aber spürte, daß er ihr mehr und mehr entglitt, und da begann sie um seine Liebe zu kämpfen. Sie wandte ihre ganze Kunst an, um die Flamme von neuem zu schüren. Seine Liebe begehrte sie, alles andere war nebensächlich! Sie fühlte sich fast erleichtert, als eine Bartasse ihren Vater an Bord brachte, und der alte Mann zu ihnen trat.

Die beiden Männer standen sich steif und formell gegenüber, noch außerstande, sich ihre gegenseitigen Beleidigungen zu verzeihen. Boyd hatte nicht den Mut gehabt, die Unterredung mit Mildred abzubrechen, jetzt bot ihm Waylands Dazwischenkunft die willkommene Veranlassung, und er verabschiedete sich von Vater und Tochter, denn die Flut und die Zeit ihrer Abreise waren nahe. Sie wechselten noch einige gleichgültige Worte und gaben einander die Hand. Emerson verließ die Nacht, und bald war er von der Dunkelheit verschlungen.

Mildred hatte den Arm ihres Vaters ergriffen, sie stand wie versteinert, während das Geräusch der Ruder schwächer und schwächer wurde und schließlich ganz hinstarb. Darauf wandte sie sich an ihren Vater und sagte: „Du siehst, er ist doch gekommen!“

Wayland sah die Seelenqual, die ihre Wangen blaß gemacht hatte, und antwortete sanft: „Ja, mein Kind!“ Er kämpfte mit sich selbst. „Und wenn du es wünschst, darf er wiederkommen.“

„Ach, er wird nie, nie wiederkommen!“ Sie wandte sich ab.

Wayne Wayland aber hatte gesehen, daß ihre Augen voll Tränen standen. Sein halbes Vermögen hätte er hingegeben, um sie glücklich zu machen. Er wollte etwas Jörniges sagen, sie aber kam ihm zuvor: „Nein, nein, du darfst ihm nie mehr schaden, denn er hatte recht, und wir unrecht. Ich habe es zu spät eingesehen.“

Damit stieg sie die Kajütentreppe hinunter, und Wayland blickte noch lange mit schwerem Herzen durch die Nacht.

(Schluß folgt.)

Gegen das reaktionäre Schulgesetz.

In der Berliner Stadtoverordnetenversammlung bringt die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag ein:

Die Stadtoverordnetenversammlung erhebt vom kulturellen, schultechnischen und finanziellen Gesichtspunkt aus den entschiedensten Einspruch gegen den Reichsschulgesetzentwurf, weil er die verfassungsmäßige Stellung der Gesamtschule als Regelschule bestreift, den Weg zur allgemeinen weltlichen Einheitschule versperrt, das Schulwesen der Stadt in unheilvoller Weise zersplittert und der Stadt in einer Zeit größter finanzieller Beanspruchung und größter sozialer Verpflichtungen neue unnötige Lasten auferlegt.

Um seinen Wechsel aufzubessern.

Ein Mediziner als Rauschgifthändler.

Einen schwunghaften Handel mit Kokain, Morphin und einem Morphinpräparat Trivalin betrieb ein 27 Jahre alter cand. med. R. D. H. in seinen Wechsel aufzubessern.

Da er älter aussieht, als er wirklich ist, so wagte er es, sich als Arzt auszugeben, obwohl er erst das Bgylitum gemacht hat. Er besuchte verschiedene Ärzte, stellte sich als Kollege vor und fragte bescheiden an, ob er wohl Anstoß erregen würde, wenn er sich in ihrer Begleitung niederlegte. Das war stets der Vorwand, unter dem er sich einführte. Sein eigentliches Ziel war, im Laufe der Unterhaltung an Rezeptformulare heranzukommen, um sie heimlich einzuschieben. Diese Rezepte füllte er dann auf Morphin und Kokain aus und schickte sie mit dem Namen des Arztes, dem er sie gestohlen hatte. Damit nicht genug, ließ er sich auch Rezeptformulare drucken, die er auch mit gefälschten Stempeln und Unterschriften versah. So war es ihm möglich, in den Apotheken größere Mengen der Rauschgifte sich zu verschaffen. Für sich selbst benutzte er nicht ein Gramm. Alles verkaufte er unter der Hand an „Schnupper“. Zuletzt versuchte er, sich als Praktikant in die Charité einzuschmuggeln, um auch hier wieder Rezeptformulare zu entwenden. Er wurde aber sofort entlarvt und festgenommen. Der Verhaftete wohnte bald in diesem, bald in jenem Hotel. In der letzten Stelle wurde auch sein Gepäck beschlagnahmt. Aus dem Inhalt erfuhr man, daß er in dem letzten Monat allein 2 Kilogramm Trivalin und ähnliche Mengen Morphin und Kokain umgekehrt hat.

Neues Krankenkassengebäude in Pankow.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Pankow hat am Montag ihr neues Verwaltungsgelände in Pankow in der Florapromenade mit einer schlichten Feier eingeweiht. Schon über 10 Jahre schwebten Pläne, um ein derartiges Verwaltungsgelände zu errichten. Der Plan, die Ortskrankenkassenverwaltung in dem neu zu schaffenden Gesundheitshaus des Bezirks Pankow unterzubringen, mußte aufgegeben werden. Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen wurde ein altes Bauprojekt aus dem Jahre 1914 wieder hervorgeholt und danach das neue Heim der Ortskrankenkasse errichtet. Es ist ein einfacher, schmucker Bau, der glücklicherweise auf jeden Fassadenstadium verzichtet. Die Vorderfront ist in Oldenburger Mänteln ausgeführt. Auch die Inneneinrichtung des neuen Hauses ist einfach und geschmackvoll. In den Vorderzimmern sind die Kassen- und Geschäftsräume untergebracht, in den Hinterzimmern sind sechs Wohnungen von 2½, 3½ und 4½ Zimmern untergebracht. Im Keller wurden Heizung, Aufzüge für die Angestellten sowie Tresorräume geschaffen. Auch eine kleine Druckpresse ist im Keller aufgestellt worden. Die hygienisch-sanitären Einrichtungen des Hauses sind vorbildlich. Bei der Besichtigung gab der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Pankow, Stadtrat Genosse Gütig, einen kurzen Überblick über die Entstehung des Verwaltungsgeländes und teilte dabei mit, daß die Baukosten insgesamt 180 000 M. betragen. Die Krankenkassenverwaltung hat bereits das neue Heim bezogen.

Brandstiftung aus Rache?

Gestern gegen 13 Uhr entzündete im Finanzamt Neukölln Feuer, das vermutlich auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Ein Sommer sah, wie die Tür zu einem Dienstzimmer lichterloh brannte. Zum Glück konnte das Feuer, bevor es größere Ausdehnung annahm, gelöscht werden. Gewisse Anzeichen ließen den Verdacht aufkommen, daß Brandstiftung vorliegt. Die benachrichtigte Kriminalpolizei stellte denn auch fest, daß die Tür von verdächtiger Hand mit Petroleum befeuchtet und dann unbemerkt angezündet worden war. Durch einen Zufall kam man auf die Spur des vermeintlichen Täters. In einer Dienststelle des Finanzamtes war kurz zuvor ein Mahnzettel von dem Händler R. aus Neukölln abgegeben worden, der deutliche Petroleumspuren zeigte. Die Kriminalbeamten nahmen daraufhin R. in ein Verhör, doch bestritt er energisch die Tat. Da aber auch sein Leberrock stark nach Petroleum roch, wurde er festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint ein Racheakt vorzuliegen.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern abend um 19 Uhr nach der Jonastraße 46 zu Neukölln gerufen, wo in einem Schuppen Feuer ausgebrochen war, das auf ein Stallgebäude übergriff. Der Brandherd konnte nach kurzer Zeit lokalisiert und in einhelfendiger Tätigkeit — wobei aus drei Schlauchleitungen Wasser gegeben wurde — abgelöscht werden. — Fast um die gleiche Zeit war die Steglitzer Feuerwehr mit der Bekämpfung eines Kellerbrandes auf dem Grundstück Arndtstraße 12 in Steglitz beschäftigt. Das Feuer, das an Lagerbrettern reiche Nahrung fand, konnte auch hier bald niedergelöscht werden.

Der Kongreß der Fachpresse.

Die Teilnehmer des 3. Internationalen Kongresses der Fachpresse wurden am 27. September 1927, mittags 1 Uhr, von den städtischen Körperschaften in der Stadthalle des Stadthauses, Klosterstraße, empfangen und von Bürgermeister Scholz mit einer Ansprache begrüßt, die von Studienrat Dr. Müller den ausländischen Teilnehmern verdolmetscht wurde. Bürgermeister Scholz wies in seiner Ansprache auf die doppelte Bedeutung der Arbeit der internationalen Fachpresse in der heutigen schnelllebigen Zeit, die stets nach Spezialisierung und Präzisierung verlangt, hin. Als Ergänzung zur politischen Tagespresse, die uns über die neuesten Ereignisse und über den politischen Meinungsstreit im In- und Auslande unterrichtet, bringt uns die Fachpresse die neuesten Ergebnisse der Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik, Handel, Gewerbe, Industrie und Kunst. Nirgends können diese Arbeiten von größerer Bedeutung sein und fruchtbarer begrüßt werden als in den Zentren der Interessen der Wirtschaft, den Großstädten. Sie können die ihnen obliegenden Probleme nicht lösen durch bloße Arbeit, sondern nur durch ein Schaffen, gestützt auf die neuesten Erfahrungen der Wissenschaft und Technik. Viele Beispiele gibt es dafür. Man braucht nur auf das Großkraftwerk der Stadt Berlin „Ringenberg“ hinzuweisen; man braucht nur zu denken an die wichtigsten Forschungsarbeiten des Internationalen Kongresses für Berufswissenschaft, der für sich ebenfalls hier jagte und dessen Ergebnisse erst in der Fachpresse voll ausgewertet werden können. Weiter aber ist die Arbeit der Fachpresse bedeutungsvoll für die Annäherung aller Kulturvölker. In der Verarbeitung der verschiedensten Wissensgebiete begegnen sich die Interessen der Kulturvölker. In geistigen Austausch von Person zu Person, von Volk zu Volk wird eine Annäherung, ein Sich-Kennen-Lernen, damit gegenseitige Achtung und Schätzung, geschaffen. Diese Atmosphäre ist notwendig

Ehetragödien im Gerichtssaal.

„Ich habe eben meine Frau erschossen.“

Mit völliger Erinnerungslosigkeit suchte sich der frühere Schuhmann und spätere Gemüsehändler Paul Lenz zu entlasten, als er vor dem Schöffengericht des Landgerichts I unter der schmerzlichen Anklage stand, im November vorigen Jahres seine Gattin vorsätzlich getötet zu haben.

Von dem Tage ab, als er sich nach seiner ehelichen Auseinandersetzung zu Hause schlafen legte, bis zu dem Augenblick, an dem ein Freund nach Wochen an sein Bett im Bazar des Untersuchungsgefängnisses trat und ihm zum Geburtstag gratulierte, wollte er von nichts mehr wissen. Schwer war damit in Einklang zu bringen, daß Lenz in der Nacht zum Vortage vorigen Jahres zur Polizei gelaufen war und hier angab: „Ich habe eben meine Frau erschossen.“ Dann hat er auf Befragen die ganzen Vorgänge geschildert und diese Schilderung auch vor dem Vernehmung- und Untersuchungsrichter aufrechterhalten. Danach hätte er am Vortage eine Auseinandersetzung mit seiner Frau über die eheliche Treue gehabt, als sie von einem Besuch in Baumgartenweg zurückkehrte und dort über das Verhältnis eines Bekannten mit einem Dienstmädchen gesprochen worden war. Im Laufe dieser Unterhaltung sollte ihm die Frau dann plötzlich das Geständnis abgelegt haben, daß sie Beziehungen zu einem Herrn G. hätte, und sich jetzt die Folgen davon bei ihr bemerkbar machten. Zu Hause hätte er sich trotzdem zunächst ohne einen heftigen Austritt ins Bett gelegt. Gegen 2 Uhr nachts wäre er jedoch munter geworden und da wären ihm dann die Gedanken über sein eheliches Unglück so durch den Kopf geschossen, daß er sich erhob, den Revolver nahm, und seine Frau, die sich aufgerichtet hatte, erschoss. In seinen Armen wäre sie verblieben. Als er den Revolver mit der Drohung angelegt hätte: „Wenn du untreu warst, mußt du sterben“, hätte seine Frau ihn an seine früheren Worte erinnert, daß er mit ihr zusammen sterben wollte. Dazu hätte ihm jedoch der Mut gefehlt. Von alledem wollte Lenz gestern nichts mehr wissen, und es stand deshalb die Frage, ob Lenz tatsächlich zur freilichigen Zeit als geisteskrank anzusehen war, im Mittelpunkt der Erörterung, zumal er wegen Geisteskrankheit den Polizeidienst quittieren mußte, in einer Irrenanstalt war und auch unter Pflegehaft gestellt wurde. Die Anklage steht demgegenüber auf dem

Standpunkt, daß bei Lenz nur eingeschuldete Eifersucht und vielleicht auch die Furcht, durch seine Frau um seine Ersparnisse gebracht zu werden, die Triebfeder war, daß er die Frau in einer plötzlichen Aufwallung niederschoss. Den Ausschlag werden die gerichtlichen Sachverständigen geben. Da auch eine große Anzahl von Zeugen zu vernehmen war, dauerte die Verhandlung bis in die späten Nachstunden.

Auch ein Mörder.

„Dieser Schuft jagte sie aus dem Leben.“

Einen Mordgrund von Schuffigkeit hat der Sattler Willi Philipp aus der Siedlung in Brigg bewiesen, der sich vor dem erweiterten Schöffengericht in Neukölln gestern wegen Bedrohungen, wissentlicher falscher Anschuldigung und unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten hatte, und den der Staatsanwalt als einen indirekten Mörder bezeichnete.

Philipp, ein unansehnlicher, verkrüppelter Mensch, hatte es, obwohl selbst verheiratet, verstanden, die Frau seines Stornachbarn unter der Einwirkung des Alkohols sich gefügig zu machen. Unter Drohungen zwang Philipp die Frau, das Verhältnis mit ihm ein Jahr lang fortzusetzen. Die bedauernswerte Frau hatte schließlich eine Aussprache mit ihrem Ehemann, und es kam zu einer Versöhnung. Ihr Feind ließ aber nicht von ihr ab, sondern beschimpfte sie nunmehr öffentlich und drohte auch mit Anzeigen gegen sie wegen gewerkschaftlicher Unzucht und gegen den Ehemann wegen unerlaubten Waffenbesitzes. In ihrer Verzweiflung nahm sich die verfolgte Frau das Leben. In dem Abschiedsbrief an den Ehemann und ihre beiden Töchter sagte sie, daß „dieser Schuft“ sie dazu getrieben habe, da sie sich nicht mehr unter den Leuten sehen lassen könne. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, während das Gericht auf 1½ Jahre Gefängnis erkannte und Philipp die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannte. Der betrogene Ehemann, der inzwischen von Philipp angezeigt worden war, erhielt wegen unerlaubten Waffenbesitzes 20 Mark Geldstrafe.

Freidenker-Herbstjugendweibe.

Am Sonntag, dem 2. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr, findet in der Volkshalle (Theater am Bülowplatz) die letzte Feier der diesjährigen Herbst-Jugendweibe des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V. statt. Der Würde des Tages entspricht das zur Ausführung gelangende Programm. Die Eintrittskarten mit Programm (pro Stück 75 Pf.) sind erhältlich: In der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V., Berlin SW. 29, Snelienstraße 41; Bezirksgeschäftsstelle des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V., Berlin SW. 20, Kolonnenstraße 73; Franz Fenaler, Berlin D. 34, Köpenicker Straße 63; Hans Böhm, Freireisegeld, Berlin SO. 33, Cuvrystraße 49; Kurt Gärtner, Zigarettengeschäft, Neukölln, Bülowstraße 14; Paul Rogal, Wichtenberg, Kantstraße 14; Paul Weidhofs, Schöneberg, Gehlerstraße 7 (b. 11); Gewerkschaftshaus, Paul Horst, Zigarettengeschäft, Berlin SO. 16, Engelauer 24/25; Deutscher Metallarbeiterverband, Parterresaal (Schalter 1), Berlin N. 34, Pflanzstraße 83/85 (bei Franke).

Wer die freigeistige Bewegung fördern will, besucht am Sonntag die Jugendweibe in der Volkshalle.

30 Opfer der Zugkatastrophe im Eisacktal.

Neue Unwitterschäden.

Jansbrunn, 27. September. (II.) Zu dem Zugunglück im Eisacktal wird gemeldet, daß sich die Zahl der Toten auf 30 erhöht hat. Der verunglückte Zug ist fast völlig im Wasser der Etsch verschunden, von der Lokomotive roht nur der Schornstein aus dem Wasser heraus. Bei Brigen wurde die erste Leiche von den Bewingelungen angeschwemmt. — In Nordtirol ist das Hochwasser im Jurädgen begriffen. Nach den bisherigen Feststellungen hat das Hochwasser vier Todesopfer gefordert. Südlich von Jansbrunn hat ein Erdbeben die Brennerstraße erschüttert. Am Stubaialtal hat das Hochwasser große Verberungen angerichtet. Die einzige Verbindungsstraße des Jemmbachtales mit der Reichsstraße steht vollständig unter Wasser. Der Eingang zum Zillertal bei Strass gleicht einem großen See. Die Südtiroler Stadt Sterzing war am Sonntag nahezu ganz überflutet. Sämtliche Einwohner der Stadt waren zum Wassersprung herangezogen worden.

Schwere Hochwasserschäden in Süddeutschland.

München, 27. September. (II.) Aus allen Gegenden Bayerns mehren sich die Nachrichten über schwere Hochwasserschäden. Der Bodenseepegel ist innerhalb 24 Stunden um 32 Zentimeter gestiegen. In vielen Gegenden ist die Grummeternte vernichtet und die Kartoffelernte stark gefährdet. Das Hochwasser der durch Mittelschwaben führenden Flüsse hat große Gebietssteile in einen See verwandelt. Das Wasser drang in mehreren Orten in Häuser und Ställe ein, so daß mehrfach die Feuerwehr eingreifen mußte. Auch verschiedene Straßen sind überflutet und für den Verkehr gesperrt. Durch das Hochwasser der Kamml haben viele Gebäude in Krumbach großen Schaden gelitten. In Unterrohr und Reichertsweiler konnten gestern die Kinder nicht zur Schule geschickt werden.

Spinale Kinderlähmung breitet sich aus.

Zittau (Lausitz), 27. September. Zwei Fälle spinale Kinderlähmung leichter Art sind auch hier aufgetreten. Sämtliche Schulen, Kinderheime und Kindergärten sind geschlossen worden.

Auch in der Kreishauptmannschaft Leipzig ist ein Fortschreiten der spinalen Kinderlähmung zu verzeichnen, ohne daß in dessen irgendwelche Herde festgestellt sind wie in der Stadt Leipzig. Die Erkrankungsfälle treten hauptsächlich dort auf, wo lebhaftere Beziehungen mit der Stadt Leipzig bestehen. Es sind bis gestern aus dem Bezirk Leipzig-Land, Döbeln, Grimma, Borna und Rochlitz 54 Fälle gemeldet. Hierzu kommen 129 Fälle in der Stadt Leipzig, so daß insgesamt bis gestern 183 Fälle gemeldet waren, von denen ein Drittel bereits wieder außer Behandlung sein dürfte. Die Zahl der Todesfälle beläuft sich auf etwa 20. Im Bezirk der Kreishauptmannschaft hat man mit Ausnahme der näheren Umgebung Leipzigs von einer vorzeitigen Schließung der Schulen abgesehen und sich auf die Schließung der Klassen beschränkt, in denen Krankheitsfälle zu verzeichnen waren. Die überwiegende Zahl der Erkrankten betrifft kleine Kinder; allerdings sind auch Erwachsene bis zum Alter von 28 Jahren von der Krankheit ergriffen worden.

Keine Nachricht von Koennede.

Konstantinopel, 27. September. Ueber das Schicksal Koennedes und seiner Begleiter liegen hier noch keine Nachrichten vor.

Typographie. Die nächsten beiden Vormittags-Versammlungen finden nicht am Donnerstag, sondern am Freitag, dem 30. September beginnend, 7. Oktober, statt. Der Vorstand.

zur Erreichung friedlichen Wettbewerbs und gegenseitigen Vorkommens. Berlin fühlt sich so mit den Arbeiten des Internationalen Kongresses verbunden und wünscht ihm besten Erfolg.

Am gestrigen Dienstag statteten die Teilnehmer am Internationalen Kongreß der Fachpresse der Ausstellung „Die Mode der Dame“ einen Besuch ab, bei der Dr. Zeißlin im Namen der Ausstellungsleitung die Erschienenen begrüßte. Nach der Führung durch die Ausstellung waren die Kongreßteilnehmer Gäste des Samstagsverbandes und des Kreisler Seidenvereins. Ein geschlossener Besuch der Ausstellungsgalerie „Berlin ist Mode“ beschloß den Empfang.

Der schwarzweißrote Hindenburg-Stift.

Ein gutes Gelegenheitsgeschäft?

Eine Bleistiftfabrik aus dem Schmalwinkel Bayern versendet diese amüsante Mitteilung an ihre Abnehmer:

„Sehr geehrter Herr Geschäftsfreund!

Wir haben übrigens ein gutes Gelegenheitsgeschäft für Sie. Sie wissen, der Herr Reichspräsident v. Hindenburg feiert am 2. Oktober seinen 80. Geburtstag. Dazu sollten Sie Ihrer Kundenschaft, — besonders den höheren Schichten —, den „Hindenburg“-Bleistift Nr. 2930 anbieten. Der sechseckige Stift aus Zedernholz ist ostgrün poliert, hat eine sehr feine Rille und eine schwarzweißrote Kappe. Sie erhalten ihn für nur 14 M. pro Gros und können ihn gut für 20 Pf. pro Stück verkaufen. Oder wie ist es mit dem „Hindenburg“-Bleistift Nr. 2470, halbblau, mit Goldschoner, sonst wie 2930? (Preis 18 M., Verkaufspreis circa 25 Pf.) Bestellen Sie sofort. Unser Vorrat ist nicht groß...“

Herr v. Hindenburg ist Präsident der deutschen Republik, und die Nationalfarben sind nach der Reichsoberkennung, wie man vielleicht auch in Bajawarien schon vernommen hat, Schwarz-rot-gold. Warum also die schwarzweißrote Kappe? Soll irgend so etwas wie eine heimliche monarchistische Gesinnung damit verkappt werden?

Wir hoffen es nicht, sind aber der Ueberzeugung, daß gerade an den höchsten Schulen für diesen Bleistift ganz bestimmt keine Propaganda in die Wege geleitet werden wird.

Zwei schwere Verkehrsunfälle.

Beim Ueberschreiten des Bahndammes vor dem hause Berliner Straße 94 zu Tempelhof wurde gestern der 64jährige Kleinrentner Karl Köhler von einem Postkraftwagen überfahren. Der Verunglückte, der schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes in das Schöneberger Krankenhaus übergeführt. Die Ärzte konnten dem alten Manne jedoch keine Hilfe mehr bringen, er starb kurze Zeit nach seiner Aufnahme. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt. — Der zweite schwere Unfall ereignete sich gegen 18.30 Uhr vor dem Grundstück Pianufer 98/97. Hier wurde der 37jährige Tischler Martin Berg aus der Oranienstraße 200 und dessen 35jährige Frau Margarete, als sie gemeinsam die Straße überschreiten wollten, von einem Geschäftsauto erfasst und überfahren. Beide trugen so schwere Verletzungen davon, daß sie in das Krankenhaus Am Urban gebracht werden mußten. Auch in diesem Falle bedarf die Schuldfrage noch der Klärung.

Funkwinkel.

Das Abend-Orchesterkonzert unter dem Dirigenten Selmar Wenzowitsch brachte als interessanteste Darbietung die Bläserische Danzantasse für Klavier, von dem Licht-Schüler Prof. Joseph Weiß für Klavier und Orchester bearbeitet. Es sei besonders gerühmt, daß man der Aufführung des Wertes einige erläuternde Worte vorausschickte. Prof. Weiß spielte auch den Klavierteil. Das Werk gibt in seiner großartigen Anlage sehr wohl die Grundlage für eine Orchesterbearbeitung. Aber die Kraft des Ausdruckes im originellen Klavierwerk läßt sich in ihr naturgemäß trotzdem nicht immer völlig erhalten. Der musikalisch sehr ergiebige Abend brachte noch die Ouvertüre zu Nicolais „Austigen Weibern von Bindlar“ und die sinfonische Ouvertüre zu „Romeo und Julia“, ein Frühwerk Tschaikowskis. Wolzowitsch gesteuerte, aber nicht sehr tief Suite „Aus aller Herren Länder“ war nicht ganz glücklich zwischen die Ouvertüre zu den „Austigen Weibern“ und die Danzantasse gestellt. — Vorträge waren an diesem Tage spärlich gefügt. Leo Hirsch beendete seinen Vortrag „Humor in der Weltliteratur“ mit Ausführungen über Gogol, Calderon, Eulenspiegel und orientalische Märchen. — Regierungsrat Dr. Dalchow brachte Vorschläge zur Vereinfachung der Reichs- und Staatsverwaltung.

Der Taugenichts.

Von Alfred Panzini.

(Schluß.)

Er war noch nie auf dem Markt gewesen. Eine erstaunliche, ganz tiefge Sachse: Hallen, Läden, Stände, Läger, Menschen, Wagen, Karren, Geschrei, Geheh und Flüche. Ein großes Maschinenwerk, in dem die Menschen herumwirbelten. Armer Professor! Die unruhigste Klasse war sanft dagegen. Er kam sich wie ein Strohhalm neben einer in Gang befindlichen Dampfmaschine vor: Rauch und Zischen und der Strohhalm im Weg! So ging es auch ihm in der Menge. Und was die Leute für eine Sprache redeten! Alles im Dialekt. Aber was für ein Dialekt! Ein Bäurisch, daß Gott erbarm!

„Wo zu haben wir denn die Schulen?“ dachte der Professor. Und weiter dachte er: „Wo finde ich denn da ein christliches Menschenantlitz, dem ich sagen kann: Mein Herr, ich habe die Absicht, eine gewisse Quantität Trauben zu erwerben, reife, gute Trauben, zwar nicht für Tisch, wissen Sie, zu einem annehmbaren Preis, zu dem Zwecke ufm. usw.“

Aber alle Gesichter verrenkt, verzerrt, alles Beute, die sich durch Geheul, mit Fuchteln und Schimpfen verländigten. Und es war spät: 8 Uhr. Um 10 Uhr, hatte man ihm gesagt, würde der Markt geschlossen.

Endlich gelang es ihm, sich an einen wenigstens etwas zivilisiert aussehenden Menschen, der ihm als Traubenhändler bezeichnet wurde, zu wenden. Aber die Unterhaltung fiel kurz aus:

„Wieviele Waggons?“

„Wir würde eigentlich schon eine kleine Quantität genügen...“

„Ich arbeite nicht in kleinen Quantitäten.“

Und der Professor sah statt des verbotenen Gesichtes dieses Despoten, der so kurzangebunden war, einen breiten Rücken.

Es fand sich ein anderer, der auch, in kleinen Quantitäten arbeitete. Er ließ sich dazu herab, den Professor anzuhören. Aber als sie auf die Qualität zu sprechen kamen, erlaubte er keine Prüfung der Warengüte. Er garantierte und damit kostete! Der Professor versuchte, ihn durch eine kluge Rede davon zu überzeugen, daß ein „er“ garantiert und basta“ ein Uebermaß von Vertrauen in sich schloß, das zu gewahren er für seine Person zwar gerne bereit wäre; doch würde gewiß er, der Händler, seinerseits es nicht zulassen. Aber der wollte nicht einmal den Anfang dieser klugen und logischen Rede zulassen, denn er sagte:

„Ich habe keine Zeit, ihr Geschwätz anzuhören.“

Bauernlämmel! Den Professor wurmte es gewaltig, seine logischen und klugen Erwägungen unter dem Handelstitel „Geschwätz“ zusammengefaßt zu sehen. Zum ersten Male verspürte er ein beinahe liebevolles Empfinden für die Regierung oder den Stoot oder die Nation oder Italien oder wie immer man Vorkehrungsweise nennen möchte, das ihm dafür bezahlte, daß er drei Stunden täglich, die Zuflüsse gar nicht gezählt, logische und kluge Erwägungen vortrug.

Mit einem anderen Verkäufer, der eine prachtvolle Auswahl herrlichster Trauben hatte, große, duftende Trauben in verziereten Körben und Kisten, so schön, daß alles wie gemalt ausah, hätte er beinahe Streit bekommen. Er war herangereitet und hatte, ganz vorsichtig, ganz sorgsam, eine Beere herausgeholt, um sie zu kosten.

„Weg da die Hände!“

„Aber nur ein Beerlein...“

„Beerlein oder Traube, weg da die Hände, fage ich! Hat mir der Kerl meinen ganzen Korb verkauft.“

Wie haben den Professor schiel und giftig an, als ob er bei einem Diebstahl ertappt worden wäre. Er sank ganz in sich zusammen und stahl sich schleunigst aus der Menge weg.

Ihn, einen Professor und beinahe Studienrat, „Kerl“ zu nennen! Bei einem letzten Kom der Handel geradezu halb zustande; menigstens was die Ware betrifft, war alles perfekt. Aber als es sich um den Preis drehte und der Professor sein Notizbuch herauszog, um zu rechnen, hörte er plötzlich eine Stimme, die keinen Widerspruch duldet:

„Die Rechnung mache gefälligst ich selbst!“

Welches Gefindel, welche Plebs, was für eine Welt! O, der Verkehr mit den Urilden war viel schöner und besser.

„Mit dem Traubenkauf ist es nichts,“ sagte ihm eine innere Stimme. „Das ist eine unmögliche Angelegenheit.“ Aber eine andere, noch weiter innen stehende Stimme sagte ihm auch: „Wein bester Professor, du, der du bislang soviel an der Regierung auszuweisen gehabt hast, sage mir freundlichst, wie du die deinen Lebensunterhalt verdienen wolltest, wenn die Regierung nicht wäre!“

„Professor, was machen Sie denn hier?“

Als der Professor, der sich in den eben bezeichneten schrecklich bedeutungsvollen Gedanken vertieft hatte, inmitten dieser feindlichen, unbekanntem Menge seinen Namen rufen hörte, fuhr er erschreckt zusammen.

Ein junger Mann mit hübschem, gesundem Gesicht und frohen Augen, blondem Haar, eine Zigarette im Munde, am Arm ein Trauerband, stand vor ihm.

„Wer... mit wem... habe ich die Ehre?“

„Kavelli, Herr Professor.“

„Ah, ganz richtig, Kavelli, sehr erinnere ich mich. Was machen Sie denn hier?“

„Mein Beruf,“ antwortete Kavelli, der immer noch der gleiche war. Und Sie?“

„Ich? Ach ja, ich gehe etwas spazieren, ja, so zu meinem Vergnügen.“

„Hübscher Markt, was?“ sagte Kavelli.

„Ja, sehr hübsch... Und was ist denn Ihr Beruf, mein Junge?“

Kavelli erklärte. Sein Vater war Früchte- und Tomatenhändler. Vor einem Jahr war er gestorben, nun führte er das Geschäft weiter. Er sprach von Orangen, Zitronen und Tomaten, Pyramiden von Tomaten, ganzen Wagenladungen von Orangen und Zitronen; von Deutschland, von der Schweiz, von Palermo und Parma; von Qualitätswaren, von Zitronenfehlern: Zitronen ohne Bläse, die ins Ausland gehen, Zitronen mit Bläsen, die im Inland bleiben; von Preisen, Betrügen, Bescheln, Schecks und Barzahlungen. All diese Weisheit türmte Kavelli vor dem Professor mit großer Redegewandtheit auf. Und der Professor wurde blaß vor Erstaunen.

„Sie verstehen sich nur auf Zitronen und Tomaten?“ wogte der wohlwollende Herr Professor schließlich zu bemerken. „Auf Trauben verstehen Sie sich nicht?“

Aber natürlich verstand er sich auch auf Trauben! Und nun erklärte der Professor:

Ludendorffs Angsttraum.



„Also, mein Freund, sehen Sie: meine Frau leidet an Gorbrennen, ufm., die Beine, die man hier zu kaufen bekommt, sind alle verälscht, ufm. usw., nun möchte ich gerne, ufm.“

Dieser Esel von Kavelli begriff im Nu, ehe noch der Professor richtig ausgesprochen hatte.

„Sie wollen sich selbst Wein zu Hause kellern.“

„Ja, so ist es, so ein bißchen zur Probe, zum Vergnügen so zu sagen.“

„Wie schlau der Junge ist!“ dachte der Professor.

„Kommen Sie mit mir!“ sagte Kavelli.

„Ich will natürlich keineswegs... hören Sie, Kavelli,“ sagte der Professor, während er ihm durch die Menge folgte, „ich will natürlich keinen Weinhändler machen, versteht sich. Aber meine Frau, ufm., die hiesigen Verkäufer, ufm.“

Schwipp, schwupp! Man mußte den Jungen sehen, mit welcher Sicherheit er auftrat! Er brach durch die dichten Bauereihen, sprach im derbsten Dialekt, redete wie die anderen mit den Händen und schimpfte, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Als der Professor sah, daß Kavelli bei allen bekannt war, und daß man ihm vernünftige Antworten gab und mit ihm auf vollkommen gleichem Fuß verhandelte, sagte er:

„Ich überlasse alles Ihnen, lieber Kavelli.“

„Wieviel Zentner wollen Sie? Zehn, zwölft?“

„Zwölft! Zehn! Was Sie für besser halten.“

Innerhalb einer halben Stunde waren zehn Zentner der schönsten, reifsten Trauben, gelbe und blaue, fein säuberlich in Körbe gepackt, kontrolliert gewogen und auf den Wagen geladen. Wachsleinwand darüber und mit einem festen Strick zugebunden: „damit Ihnen nichts gestohlen wird, Professor!“ ein Peitschentrall, ein paar trockene Bemerkungen zum Wagenlenker, die Adresse, so fertig, abfahren!

Blieb nur noch das Zahlen. O, wie gerne bezahlte der Herr Professor! Ein äußerst annehmbarer Preis. Und alles ausgezeichnete Trauben, die ganzen Körbe, oben und unten.

Ah, welches Wunder, dieser Kavelli! Unglaublich: so ein Dummkopf und so geschickt!

Mit lebenswürdigster Höflichkeit entzog er sich den Dankensbezeugungen des Professors. Dann aber sagte er:

„Professor, ich hätte noch eine neugierige Frage!“

„Aber bitte sehr, bitte sehr, mit Vergnügen!“

„Welche Zeitwörter regieren einen Kasus, die transitiven oder die intransitiven?“ (Deutsch von Kirg. Stenjensoff.)

Meltau als Todesursache.

Ein gefährlicher Feind des Obstes.

Kürzlich wurde aus Mannheim gemeldet, daß ein Kind nach dem Genuß von Obst, das in ganz seltenem Maße von Meltau befallen war, unter qualvollen Schmerzen gestorben sei. Erscheinungen dieser Art sind nun zwar sehr selten zu verzeichnen, sollten aber gleichwohl daran erinnern, daß der Genuß meltaukrankter Früchte gelegentlich schlimme Folgen haben kann. Der Meltau, jener weiche mehlförmige Ueberzug der sich an gewissen Pflanzen — Getreide, Kolen, Hülsenfrüchten und zahlreichen anderen Gewächsen — findet, wird durch einen schmarotzenden Pilz, den Meltaupilz (Erysiphe) erzeugt. Das weiße, spinnwebartige Fadengeflecht dieses Pilzes, das oft in dichten Massen hauptsächlich die Stengel und Blätter bedeckt, bringt in sie ein und entzieht ihnen die lebensnotwendigen Nährstoffe, so daß sie an den Schmarotzern schließlich zugrunde gehen müssen. Den Namen Meltau erhielt der Pilz im Volksmund deshalb, weil die von dem Fadengeflecht sich abspinnenden Sporenmassen die befallenen Pflanzenteile wie mit einer Mehlschicht bedecken.

Bis vor etwa zwanzig Jahren kannte man bei uns nur die europäischen Formen des Meltaues, die zwar sehr verschieden in ihrer Art waren, so daß zum Beispiel die verschiedenen Gewächse, wie die Hülsenfrüchte, Kohl, Raps, Wein usw., jeweils von eigenen Meltaupilzarten befallen wurden; aber im allgemeinen waren wenigstens die Fruchtstämme und -sträucher von diesen Pilzen nicht allzu sehr bedroht. Unter den Fruchtstämmen wurden von den Mel-

taupilzen namentlich Apfelstämme befallen, deren Blüten und junge Blätter sie vernichteten, während ein anderer Pilz die Pfirsichbäume befiel. Im Jahre 1905 wurde aber in Deutschland ein Meltaupilz eingeschleppt, der gefährlicher ist als alle bisher bekannten Arten: der amerikanische Stachelbeer-Meltau (Sphaerotheca mors. uvae), so genannt, weil er besonders Stachelbeeren gefährlich wird. In Nordamerika einheimisch, wurde dieser Pilz zuerst im Jahre 1890 nach Rußland verschleppt, zwei Jahre später tauchte er dann schon in Skandinavien und kurz darauf vereinzelt auch in Deutschland auf, wo er sich bis jetzt, da er durch die ungeheuren Massen seiner durch die Luft fliegenden Sporen von Pflanze zu Pflanze getragen wird, immer mehr verbreitet hat. Die von ihm befallenen Früchte sind über und über mit dem zuerst weißen, später aber braunen Sporenmehl bedeckt. Früchte solcher kranken Sträucher oder Bäume zu verzehren, soll man unter allen Umständen vermeiden. Ein Radikalmittel gegen den Meltau hat sich bis jetzt noch nicht ausfindig machen lassen; Bepflanzungen der erkrankten Gewächse mit Schwefelkalk (Schwefelleber) sollen aber gute Dienste tun. Die Ausbreitung des Pilzes wird jedenfalls am sichersten durch Verbrennen der von ihm befallenen Pflanzen mit samt ihren Wurzeln verhindert.

Als Meltau oder Honigtau bezeichnet der Volksmund auch die übrige Flüssigkeit, die von den Blattläusen abgeschieden wird und dadurch, daß sie sich mit den von den Läufern abgestreiften Häuten vermischt, gleichfalls einen mehlförmigen Ueberzug auf Blättern und anderen Pflanzenteilen bildet. Dieser tierische Meltau, der allerdings von den Blattläusen so reichlich abgeliefert wird, daß ein zwanzigblättriger Zweig, auf dessen Einzelblättern je 16 Läuse leben, im Tage mit etwa 2000 Tropfen Honigtau überhäuft wird, bringt zwar an sich keinen Schaden, wohl aber dadurch, daß sich an ihm allerschadlichste Pilze, die auf ihm ihren Nährboden finden, festsetzen.

Herbstzeitlosen.

Von Hermann Schühinger.

Wenn der Oktober heraufdämmert und der Herbstnebel sich wie ein nasses Tuch über die Felder legt, verläßt der feste, in sommerlicher Manneskraft stehende Spieghbürger in den obligaten, herbstlichen Angustzustand. Er wird elegisch, liest „Schlieflieder“, liiert Venau und andere Weltschmerzapoetel und berauschet sich an Versen wie folgt:

„Stoppesfeld, die Wälder leer,
Und es irrt der Wind verlassen,
Weil kein Laub zu finden mehr,
Rauschend seinen Gruß zu fassen.“

Findet er aber wirklich ein Stück Laub, das ihm der aufdringliche Wind ins Fenster weht, dann löst er mit Venau los:

„Durchs Fenster kommt ein dürres Blatt,
Rom Wind hereingetrieben;
Dies leichte, ohne Drieflein hat
Der Tod an mich geschrieben.“

Natürlich stirbt man an Venau'scher Weltschmerzlektüre nicht gleich und die „höhere Tochter“ wie der vergeistigte Jüngling, wie der wohl gepöfelte Vater erleben sicherlich trotz alles seelischen Bauchwehs und trotz aller Krümmungen der Zahlungsbilanzen den nächsten „Benz“. Aber man will doch auch seine seelische „Herbstzeitlosenstimmung“ haben.

Und so puffet und schwippt und dichtet der Feuilletonist der Kreis- und Sonntagblätter seinen Herbstzeitlosenschnus herunter:

„Stille weiße Nebel schweben über den Wiesen — Die unscheinbare Blume, die blaßblau in den abgemähnten Wiesen blüht. — Der müde Rebel liebt und umschmeichelt sie. Ein stummendes Weh faßt uns, ein sinnendes Weh bleibt uns in der Seele stehen. Herbstzeitlose, künde mir deine Mär! — — Einer bleichen Lippe gleichst du, die der Tod geküßt — —“

So ähnlich klingt der „Herbstzeitlosenschnus“ der Leute, die sich vor Langeweile und Nichtstun den Magen verdoeben haben. Da ist mir schon jener handfeste „Gründer“ und Bodenpfeulant immer noch lieber, der beim Anblick von Herbstzeitlosen zu sagen pflegt:

„Wat? Herbstzeitlosen? Sumpfboden: Rich trocken gelegt? So ne Schweinerei! Rin mit de Drainogerühren. Raus mit dei mistige Kraut!“

Vormarsch der Einheitspreisläden.

Drei Großkonzerne gründen 50-Pfennig-Läden.

Zur Raffengründung von Einheitspreisläden wird uns geschrieben:

Die Mode der Einheitspreise ist nicht neu. Schon vor dem Kriege gab es 1- und 2-Mark-Bazare. Vor 1 1/2 Jahren gingen die meisten Kaufhäuser an, ganze Serien von Artikeln zu 1,45, 2,45, 3,45 M. und ähnlichen Preisen herauszubringen. Alle diese Kundenlostmittel haben mit dem amerikanischen Einheitspreissystem nichts zu tun.

In den Vereinigten Staaten hat Woolworth.

dessen Name jetzt auch in Deutschland geläufig ist, 1400 Läden, in denen nur zu 5 und 10 Cents (21 und 42 Pf.) verkauft wird. Er hat mit diesen Pfennigartikeln im Jahr 1926 rund 254 Millionen Dollar (1,05 Milliarden Mark) umgesetzt und 28 Millionen Dollar daran verdient. Neben den Woolworthläden existieren noch über 1600 Einheitspreisgeschäfte in Amerika, die genau dasselbe System verfolgen und mit Woolworth teilweise zusammen einkaufen. Aus diesen Ziffern ist klar zu ersehen, daß bei dem Masseneinkauf trotz der erheblichen Gewinne eine Verbilligung der Stapelartikel eintritt. Woolworth hat es fertiggebracht, Artikel auf weniger als die Hälfte ihres vorherigen Wertes im Preise herabzusetzen.

In Berlin sind die zwei Hadepegegeschäfte in Konkurs geraten. Das System scheint aber trotzdem auch hier langsam vorwärts zu bringen. Leonhard Tieg hat 27 solcher Läden, in denen nur zu 25 und 50 Proz. verkauft wird, Karstadt etwa halb so viel und Woolworth bisher etwa ein halbes Duzend. Alle drei Firmen beabsichtigen, in der aller nächsten Zeit noch viele Duzend solcher Kettenläden zu gründen. Leonhard Tieg allein will bis zum 1. Juli 1928 auf 60 Läden kommen. In den Einheitspreisläden werden 4000 Artikel verkauft, die sich zu 25 oder 50 Pf. herausbringen lassen. Leonhard Tieg und Karstadt haben das Bestreben, mit etwa

23 Proz. Aufschlag auf den Einkaufspreis auszukommen.

d. h. den Artikel, der mit 50 Pf. verkauft wird, mit 41 Pf. einzukaufen. Diese Gewinnquote ist kleiner als sie in Amerika üblich ist; dafür hat das System hier vorläufig den Nachteil, daß man nur für etwa 40 Läden einkauft (Tieg und Karstadt haben für verschiedene Artikel eine Einkaufsgemeinschaft), während die Amerikaner drüber in der glücklichen Lage sind, für 3000 Geschäfte gleichzeitig einzukaufen.

Immerhin werden von den deutschen Einheitspreiskonzerne schon anscheinlich Aufträge erteilt, die den Beweis der Brauchbarkeit des Systems zu liefern scheinen. So ist z. B. das Kinderpiel „Mensch, ärgere dich nicht“ in einer Auflage von 100 000 bestellt worden, bestimmte Kochtöpfe werden in 10 000 Exemplaren

eingekauft, wie überhaupt bei Haushaltsgegenständen und Textilien die Bestellungen immer eine Stückzahl von über 1000 erreichen. Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß man auch einen Auftrag auf 50 000 Nachtstöpsel erteilt hat. Bei diesen großen Aufträgen ist es natürlich möglich gewesen, die Einkaufspreise in den einhalb Jahren, in denen die Einheitspreisgeschäfte schon bestehen, erheblich herunterzudrücken. Da man von 50 Pf. aber niemals um des praktischen Systems wegen auf 45 oder 40 Pf. heruntergeht, versucht man, die Qualitäten zu verbessern. Man bringt jetzt für 50 Pf. beispielsweise eine bessere kunstseidene Krautwatte heraus als vor Jahresfrist und hofft, wenn über das Jahr mehr als doppelt soviel Einheitspreisgeschäfte wie heute existieren, bei den größeren Aufträgen die Qualität weiter zu verbessern.

Die Einheitspreisläden führen natürlich auch Lebensmittel. Die Umsätze in diesen Artikeln (Margarine, Mehl, Kaffee) machen etwa ein Viertel der Gesamtumsätze aus. Hierin liegt eine Konkurrenz für die Konjunktionsgesellschaften. Aber Konkurrenz ist nicht immer von Nachteil; sie fördert die Aufmerksamkeit der Geschäftsführung, und die Konsumvereine fürchten am wenigsten die Konkurrenz. Der größte Auftrag, der bisher von der Chase K. G. (der Tieg-Einheitspreisfirma) gegeben worden ist, bestand in Schokolade. Hier ist es gelungen, einen Abschluß auf 200 000 Kilogramm Schokolade zu machen.

Die Rentabilität der Einheitspreisläden

Ist nicht in allen Gegenden Deutschlands gleich; man kann aber schon heute sagen, daß diese Geschäfte sich eingebürgert haben. Der Rheinländer war für die Neuerungen weniger empfänglich als der Sachse und der Hanseate. In Köln bestehen die Läden am längsten und arbeiten auch mit Gewinn. Hamburg, Annaberg und andere Städte waren aber vom ersten Tage an große Erfolge.

Die Sorge um die Qualität der Waren erscheint auf den ersten Blick berechtigt. Unter den 4000 Artikeln, den die Einheitspreisläden führen, finden sich auch minderwertige Waren; es ist aber nicht zu übersehen, daß die Qualität auf die Dauer gerade durch den Massenumsatz sehr gewinnen kann. Die Auswahl zu verbessern, um in den gangbarsten Artikeln noch mehr zu leisten, kann in der gleichen Richtung wirken.

So hat denn das Flotzo des Berliner Einheitspreisgeschäftes Hadepe auf die Entwicklung des Woolworthsystems keinen Einfluß gehabt. Wird die Verbilligung wichtiger Konsumartikel von den Einheitspreisgeschäften erreicht, so ist der Erfolg sicher. Ein endgültiges Urteil läßt sich über das System heute noch nicht abgeben. Jedenfalls wird der Konsumist, der der strengste Richter ist, sich weder von den Amerikanern noch von den Warenhäusern ein X für ein U vormachen lassen.

kapital der Interessengemeinschaft auf über 140 Millionen Mark. Zieht man zum Vergleich das Vorkriegskapital von Hoersch mit 28 Millionen Mark und des Köln-Neuessener Bergwerksvereins mit 10,5 Millionen Mark heran, so zeigt sich, welchen gewaltigen Umfang die Ausdehnung dieser Konzerne angenommen hat. Die Geschäftsberichte schweigen sich über die Gründe der Kapitalerhöhung, durch die den beiden Unternehmen etwa 42 Millionen neuer Mittel zuzuführen, aus. Sie hängen bei Köln-Neuessen zweifellos mit den umfangreichen Bauten neuer Kokssofenbatterien (Kampf um höhere Quoten!) zusammen, während der Kapitalbedarf beim Hoersch-Konzern auf Werksausbauten sowie auf weitere Ausdehnungsbestrebungen zurückgeführt werden kann.

Neues zur Gefrierfleischfrage.

Es wird aber nicht mehr!

Der Reichsernährungsminister hat zur Gefrierfleischfrage eine neue Verordnung erlassen. Der künftigen Verteilung der 120 000 Tonnen Gefrierfleisch, die jährlich zollfrei heringelassen werden, wird der Umfang des ersten Vierteljahres 1927 zugrunde gelegt werden. Das Geschäftemachen mit Handelskontingenten, ohne daß die Betreffenden nur je ein Pfund Gefrierfleisch selbst abgeben, soll unerbunden werden. Zur Verbilligung von Preissteigerungen wird weiter beim Verkauf die Vermischung von zollfreiem und verzolltem Gefrierfleisch verboten. Endlich sollen die Gemeinden veranlaßt werden, die Preisbildung im Gefrierfleischhandel einer schärferen Kontrolle zu unterwerfen und dabei mehr als bisher Rücksicht heranzuziehen. Eine Erhöhung des Gefrierfleischkontingentes erfolgt leider nicht. Es bleibt bei den 120 000 Tonnen jährlich, obwohl die deutschen Fleischpreise in diesem Jahre beträchtlich angezogen haben und das geringe Kontingent eine Einschränkung der Fleischnahrung zur Folge hat.

Die Reichsbank vor Quartalschluß nur wenig entlastet. In der Woche zum 23. September hat die Reichsbank bei Wechselkrediten und Lombarddarlehen nur die recht geringe Entlastung um 83,1 auf 2363,8 Millionen Mark erfahren. Das ist für die dritte Monatswoche, unmittelbar vor Vierteljahrschluß, sehr wenig und für die allgemeine Geldmarktlage wahrscheinlich bezeichnend. Die Wechselkredite haben um nur 54,7 auf 2257,7 Millionen abgenommen, der Bestand der Lombarddarlehen sank um nur 28,4 auf 35,8 Millionen. Auf diesen beiden Konten war in der dritten Woche des vorigen Monats noch eine Entlastung um insgesamt 122,8 Millionen zu verzeichnen. Recht niedrig sind auch die Girogelder der Reichsbanklandschaft geblieben. Sie haben sich eine Woche vor Quartalschluß um nur 20,3 auf 688,3 Millionen erhöht. Jedenfalls ist die Vorsorge vor früheren Quartalsenden besser gewesen als jetzt; und wenn auch die Wechselbestände hinter denen der dritten Juliwche, dem bisherigen Rekord für 1927, etwas zurückstehen, so scheinen sich doch für das Quartalsende beträchtliche Ansprüche an die Reichsbank vorzubereiten. Der Geldumlauf hat am 23. September unter diesen Umständen für die dritte Monatswoche des Jahres 1927 mit 4487,2 Millionen den Rekord gehalten. Der Rückfluß an Reichsbanknoten von 64,3 Millionen senkte den Notenumlauf auf nur 3547,6 und der an Rentenbanknoten um 11,5 Millionen den Umlauf an solchen Scheinen nur auf 939,6 Millionen Mark. Die Goldbestände blieben mit 1532,2 Millionen fast unverändert, während die bedienungsfähigen Devisen um 1,2 auf 153 Millionen abgenommen haben.

6,73 Milliarden Gesamtverschuldung der Landwirtschaft. Das Institut für Konjunkturforschung hat in dem Sonderheft 3 seiner Veröffentlichungen die Entwicklung des Agrarkredits bis zum 30. Juni d. J. untersucht. Es wird festgestellt, daß die Hypothekarkredite von Ende 1925 bis Mitte 1927 sich von 1012 auf 2482 Millionen, die der Landwirtschaft auf Dauer zur Verfügung stehenden Personalkredite sich von 917 auf 1215 Millionen erhöht und die in bestimmten Fristen zu tilgenden Personalkredite sich von 1237 auf 1233 Millionen verringert haben. Dabei ist bemerkenswert, daß der Anteil der langfristigen Hypothekarkredite in diesen anderthalb Jahren von 32 auf 50 Proz. gestiegen und der Anteil der Personalkredite von 68 auf 50 Proz. gesunken ist. Insgesamt haben sich die Kredite der Landwirtschaft von 3,16 auf 4,93 Milliarden erhöht. Dabei ist zu beachten, daß nur ein Teil der Vermehrung als wirkliche Neuverschuldung anzusehen ist, da die Erhebung vielfach wegen der Ueberführung von kurzfristigen in langfristige Kredite Doppelzählungen enthält. Außerdem darf man die Vermehrung der Umschlagskredite nicht ohne weiteres als echte Verschuldung bezeichnen, da es sich in der Hauptsache hier um erwirtschaftete Betriebsmittel der Landwirtschaft handelt. Neben dem Institut für Konjunkturforschung ergab sich ein Kredit von etwa 1,8 Milliarden schwimmende Kredite vorhanden sein, so daß sich die Gesamtkredite auf 6,72 Milliarden erhöhen. An Aufwertungsschulden sollen noch etwa 3-4 Milliarden Mark vorhanden sein. Besonders eingehende Mitteilungen werden über die Entwicklung der Roggenschulden gemacht, auf die in anderem Zusammenhang ausführlicher noch zurückgekommen werden muß.

Weitere Glanzgewinne in der Papierindustrie. Der Ammerdorfer Papierfabrik A. G. im Saalgebiet geht es seit Jahren ausgezeichnet. Trotz der Stabilisierungskrisis konnte schon vor zwei Jahren der Vorkriegsumsatz überschritten werden, während im vorigen und dem jetzt abgeschlossenen Geschäftsjahr 1926/27 die Umsätze weiterhin stiegen. Obwohl das Unternehmen in den beiden letzten Jahren schon die hohe Dividende von 12 Proz. zahlen konnte, werden ihre Ergebnisse von dem jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr noch bei weitem übertroffen. So erhöhten sich die Betriebsgewinne von 0,7 auf 0,9 Millionen M., und auf Grund des um 170 000 auf rund 720 000 M. gestiegenen Reingewinns wird die Dividende auf 15 Proz. heraufgesetzt. Zu diesen Gewinnen sind noch die Zugänge aus Anlagen und Beihilfen von fast einer Viertelmillion zuzurechnen, deren Kosten voll aus laufenden Einnahmen bestritten wurden. Anbarem Gelde ist natürlich kein Mangel. Während die 1,3 Mill. M. Schulden von den Forderungen in gleicher Höhe gedeckt werden, haben sich die Bankschulden von 0,9 auf 1,3 Millionen erhöht. Die an den Aufsichtsrat gezahlten Tantiemen sind vorläufigerweise nicht erwähnt worden, sondern mit Verlusten und Steuern von den Betriebsgewinnen vorweg abgezogen worden.

Einwanderung und Löhne in Amerika. Der Einwanderungskommissar der Vereinigten Staaten machte über die Ziele der amerikanischen Einwanderungspolitik bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung in New York interessante Mitteilungen: die abnehmende Einwanderung aus Südeuropa und Osteuropa bedeute, daß die Vereinigten Staaten endgültig mit der Verwendung billiger Arbeitskräfte gebrochen hätten. Der ungelernete Arbeiter lebe in Amerika nicht besser als in Europa, vor allem beeinträchtigt er das Lohn- und Lebenshaltungsniveau der gelernten Arbeiter. Amerika schütze sich heute nicht nur durch einen Zolltarif auf Waren, sondern gewissermaßen auch durch einen Tarif gegen das Einstromen billiger Arbeit. Die hohen Löhne schafften den harten Markt für amerikanische Erzeugung. Von den amerikanischen Arbeitgebern sei zu verlangen, daß sie ungeleglich einwandernden Personen die Arbeit verweigern. Wir wollen an dieser Stelle auf diese immerhin interessanten, aber doch im ganzen recht krummstieligen Ausführungen nicht näher eingehen. Wenn die amerikanischen Regierungsstellen und die amerikanischen Unternehmer daraus den Schluß zögen, auch die ungelerneten Arbeiter in den Vereinigten Staaten besser zu bezahlen, so würde das die amerikanische Arbeiterschaft sicher sehr begrüßen und auch der amerikanischen Konjunktur würde es kaum etwas schaden.

Das Schicksal der Preußenanleihe.

Blinder Alarm oder ernsthafte Hintergründe?

Während allgemein in diesen Tagen die Aufregung der von Preußen abgeschlossenen 30-Millionen-Dollar-Anleihe in New York erwartet wurde, kam plötzlich die Warnmeldung, daß die Anleihe gefährdet sei. Das amerikanische Staatsdepartement verweigere, nachdem bisher die formlose Genehmigung zur Aufhebung der Anleihen den amerikanischen Bankhäusern bereits gegeben worden war, die schriftliche Bestätigung. Weitere Meldungen ließen die Stellungnahme der amerikanischen Regierung nicht auf einen Einzelfall beschränkt, sondern allgemein für deutsche Reichs- und Landesanleihen berechnet erscheinen. Bei ihrer Haltung stützten sich die amerikanischen Regierungskreise auf die Reparationsverpflichtungen nach dem Versailler Friedensvertrag. Nach diesem sollte neben dem Vermögen des Reiches auch das Vermögen der Länder für die Erfüllung; eine zu große Verschuldung der Länder gefährde die Dames-Zahlungen. Die veränderte Haltung der amerikanischen Regierung sei mit dem letzten Besuch des Reparationsagenten Parker Gilbert in Washington in Zusammenhang zu bringen. Es wurde auch mitgeteilt, daß die Auffassung der amerikanischen Regierung mit der Auffassung der Reichsbank übereinstimme.

An diese wirklich alarmierenden Meldungen schloß sich natürlich eine Flut von Kommentaren und teilweise bestätigenden, teilweise dementierenden Ergänzungsmeldungen. Die Reichsbank erklärte, daß sie an keiner Stelle außerhalb der Beratungsstelle in der Frage der Auslandsanleihen sich geäußert habe. Preussische Stellen erklärten, daß es sich nur um eine Verzögerung handeln könne, da das amerikanische Staatsdepartement noch nicht im Besitz der schriftlichen Unterlagen des Projektes sei. Weiter wird darauf hingewiesen, daß einmal die Gerüchte über die veränderte Haltung der amerikanischen Regierungsstellen mit authentischen Meldungen über die wirkliche Stellungnahme in Widerspruch ständen und daß noch in der allerletzten Zeit (Bazare) deutsche Staatsanleihen ähnlich wie die Preußens in New York aufgelegt worden seien. Bezeichnend scheint der Hinweis, daß Amerika sich wohl kaum zu einem Verbot deutscher Staatsanleihen aus reparationspolitischen Gründen ohne Verständigung mit den anderen am Dames-Plan beteiligten Staaten entschließen würde.

Klarheit über das, was wirklich vorliegt, besteht jedoch scheinbar an keiner Stelle. Wir möchten nicht so weit gehen, keinerlei Gründe zur Beunruhigung anzunehmen. Es ist immerhin sehr zu beachten, daß, wie es ziemlich sicher scheint, die Zweckmäßigkeit der Anleihe ernsthaft geprüft wird. Das muß auffallen, nachdem bisher die formlose Genehmigung ganz bestimmt schon erteilt war. Auffallen muß auch, daß die beteiligten preussischen Stellen kein klares Dementi und keine klare Darstellung der Sachlage geben können. Ein Alarm liegt jedenfalls vor. Es ist gut, daß weder die Börse noch der Geldmarkt bisher sich haben beunruhigen lassen. Wir wollen auch hoffen, daß es ein blinder Alarm war.

Ernte im Hoerschkonzern.

Starke Stellung der trübseligen Werke.

Die Interessengemeinschaft Hoersch-Konzern und Köln-Neuessener Bergwerksverein hat glänzende Gewinnabschlüsse bekanntgegeben. Sie gehört nicht zum Stahlkrust, was allmählich als Vorteil angesehen wird.

Die im Herbst 1926 eingetretene Beseitigung in der Eisenindustrie, die sich im Frühjahr 1927 zu einer stürmischen Konjunktur aus-

wuchs, hat den Beschäftigungsgrad bei Hoersch zeitweilig auf 110 Proz. herausgetrieben. In der Kohlenproduktion wurden mit 835 000 Tonnen seit Bestehen der Stahlwerke noch nicht erreichte Rekordziffern erzielt. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt fast 50 Proz. Die Verbandsbeiträge konnten mit 96,5 Proz. fast bis zur vollen Höhe ausgenutzt werden. Mit der europäischen Kohlenproduktionsgemeinschaft ist man auch hier nicht zufrieden. Die hohen Vertragsstrafen haben in Verbindung mit den bisher ergebnislosen Verhandlungen über die Gründung internationaler Verkaufsverbände nach dem Hoerschbericht das Interesse der deutschen Eisenindustrie an diesem Pakt stark abgekühlt.

Wenn auch nicht in demselben Verhältnis wie bei der Stahlproduktion, weisen doch sämtliche anderen Betriebe gleichfalls erhebliche Produktionssteigerungen auf. So betragen in Millionen Tonnen

	1924-25	1925-26	1926-27
Erdförderung	1,74	1,42	1,78
Kohlenförderung	1,70	1,70	1,89
Koksproduktion	0,69	0,65	0,69
Hochöfenerzeugung	0,56	0,51	0,66
Stahlwerkenerzeugung	0,73	0,59	0,85

Die Produktion hat sich also, abgesehen von der 50prozentigen Steigerung der Stahlproduktion im Durchschnitt um 12-30 Proz. gehoben. Dieser Steigerung entspricht die aus den Verbandrechnungen ersichtliche Erhöhung des Umsatzes, der mit 115,1 Millionen den des Vorjahres um 35 Proz. übersteigt. Demgegenüber sind die von der Verwaltung besonders stark herausgehobenen Abgaben und Kosten nur von 8,47 auf 9,0 Millionen, also nur um etwa 6 Proz. gestiegen.

Da auf Grund der Interessengemeinschaft Hoersch-Köln-Neuessener Bergwerksverein beide Unternehmen ihre Gewinne zusammenwerfen und die Kosten von den Betriebsgewinnen vorweg abgezogen sind, läßt sich mit der Gewinnrechnung nicht viel anfangen. Der Konzern hat Grund zur Unbequemlichkeit. Der ausgewiesene Reingewinn lag einigermassen gegenüber 1,56 Millionen vor zwei Jahren und 4,27 Millionen im Vorjahr beträgt der Reingewinn für 1926/27 rund 9,5 Millionen Mark. Er hat sich also gegen das Vorjahr weit mehr als verdoppelt und gegen 1924/25 um das Sechsfache erhöht. Die Dividenden sind bei Hoersch von 5 auf 8 Proz. und bei Köln-Neuessen von 5 1/2 auf 9 Proz. gestiegen.

Daß in dem Reingewinn ausgewiesenen Ziffern die tatsächlichen Gewinne nicht enthalten sind, geht aus den von 5,7 auf 7,1 Millionen stark erhöhten Abschreibungen hervor, ferner aus den Zugängen auf Berg- und Hüttenwerke mit insgesamt 4,6 Millionen, sowie der Erhöhung der Beteiligungen um fast 4,0 auf 18,1 Millionen M. Wenn auch ein Teil dieser Reinvestitionen mit der im vorigen Jahr aufgenommenen 18,0 Millionen-Anleihe finanziert wurde, so ist die Zurückzahlung von 8,3 Millionen Schulden, die damit auf 20,0 Millionen zurückgingen, aus laufenden Betriebsgewinnen erfolgt. Die Forderungen und Bankguthaben sind durch die Interessentkäufe und Anlageerweiterungen von 35,1 auf 26,6 Millionen zurückgegangen.

Für den Köln-Neuessener Bergwerksverein als reines Zechenunternehmen wickelt sich der englische Beraubarbeiterstreik gleich bei Beginn des neuen Geschäftsjahres im Juli 1926 voll aus. Auch von der im März 1927 eintretenden Abblattdung wurde das Unternehmen durch den starken Bedarf der Stahlwerke von Hoersch in keiner Weise betroffen. Die Kohlenförderung stieg um fast 24 Proz. auf 2,6 Millionen Tonnen, die Koksproduktion sogar um 57 Proz. auf 455 000 Tonnen und die Erzeugung von Nebenprodukten um 40 Proz. Demgegenüber erhöhte sich die Belegschaft nur um 12,6 Proz. auf 8000 Mann. Die Abschreibungen erhöhten sich um fast 1,0 auf 4,0 Millionen. Die Bilanz ist durch fast 50prozentige Erhöhung der Bankguthaben und Forderungen auf 17,8 Millionen, denen an Schulden nur 6,8 Millionen gegenüberstehen, gekennzeichnet.

Mit der kürzlich bekanntgegebenen Kapitalerhöhung der beiden Unternehmen um je 16 Millionen erhöht sich das Aktien-

Die Fachgruppen im Baugewerksbund.

Vor dem Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes treten fahrungsgemäß die einzelnen im Baugewerksbund zusammengefaßten Fachgruppen zu ihren Tagungen zusammen. Die kleineren Fachgruppen haben schon vor einigen Wochen ihre Verbandstage abgehalten. Unmittelbar vor dem Bundestag hielten deshalb nur die größeren Fachgruppen der Maurer, der Bauarbeiter und der Tiefbauarbeiter besondere Vorträge ab.

Die Fachgruppe der Maurer umfaßte am Schluß des zweiten Quartals 173.154 Köpfe von rund 380.000 Mitgliedern. Die Maurergruppe stellt also fast die Hälfte aller Mitglieder. Einen breiten Raum in den Verhandlungen der Maurer nahm die Lehrlingsfrage ein. Durch die Erhebungen des Bundes wurden in letzter Zeit im Baugewerbe weit mehr Lehrlinge festgestellt als in der Vorkriegszeit; im Juli 1927 wurden

20.081 organisierte Lehrlinge

im Bunde gezählt. Die Lehrlingszählerei treibt stellenweise tolle Blüten, so kommt es vor, daß auf 18 und mehr Lehrlinge ein einziger Geselle entfällt.

Beim Abschluß des Reichstarifvertrages konnten für die Lehrlinge günstige Klauseln festgelegt werden, z. B. die Bestimmung des Lohnes im Prozentverhältnis zum Lohn der Gelehrten, Sicherung der Ferien, Bezahlung der in die Arbeitsstunden fallenden Schulstunden — alles Dinge, die den Innungsgelehrten nicht passen. Diese haben plötzlich ein „Lehrgeld“ eingeführt, um sich um die vertraglich festgelegten Lehrlingslöhne zu drücken. Ferner verweigern sie die Bezahlung von Schulstunden, die in die Arbeitszeit fallen. In den Gerichtsentscheidungen wird jedoch gemeist günstig für die Lehrlinge entschieden.

An der Frage der Festlegung der Gesellen- und Lehrlingszahl wird, wie Bernhard, der Obmann der Fachgruppe, berichtet, von der Gewerkschaft gefordert, daß bei einem ständig beschäftigten Gesellen kein Lehrling gehalten werden darf, bei 2 bis 3 Gesellen 1 Lehrling, bei 6 bis 10 Gesellen 2 und für je weitere 10 Gesellen 1 Lehrling. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Das Berufsbildungsgesetz wurde vom Jugendtag des Bundes in seiner vorliegenden Fassung für unannehmbar erklärt. Als Reichsfachgruppenobmann der Maurer wurde Bernhard wiedergewählt.

Die Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter

befasste sich im wesentlichen mit einer ungünstigen Entscheidung des Haupttarifamtes für das Baugewerbe in der Ausschachtungsfrage. Hierzu nahm der Verbandstag eine Entscheidung an, in der der Spruch des Haupttarifamtes als offenkundiger Fehlspruch bezeichnet und das Verhalten der Unternehmervertreter vor dem Haupttarifamt in scharfsten Ausdrücken kritisiert wird. Der Verbandstag erwartet die Befestigung des Fehlspruchs durch klare Bestimmungen im nächsten Reichstarifvertrag. Bis dahin werden die Bauhilfsarbeiter, wie die Entscheidung betont, ihr Recht zu finden wissen. Zum Schluß nahm die Fachgruppe noch Stellung zu der reichstarriflich festgelegten Lohnspanne zwischen Fach- und Hilfsarbeiter. Der hier erreichte kleine Fortschritt gegenüber der Vorkriegszeit soll weiter ausgebaut werden. Als Reichsfachgruppenobmann wurde Scheibel wiedergewählt.

Der Verbandstag der Tiefbauarbeiter

Der drittgrößte, jedoch zahlenmäßig in weitem Abstand von den beiden ersten Gruppen stehende Fachgruppe behandelte vor allem die Organisationsverhältnisse. Diese sind, wie der Obmann Otto berichtete, sehr unbefriedigend. Im Tiefbau sind insgesamt 308.000 Menschen beschäftigt. Rechnet man davon 140.000 Rotstands- und Facharbeiter ab, dann bleiben noch 170.000 Arbeiter übrig, die für den Baugewerksbund zu gewinnen wären. Die Tiefbauarbeitergruppe des Bundes zählt jedoch nur 21.000 Mitglieder. Zum Schluß besprach Otto das gesundheitschädliche Arbeiten mit Drehluftwerkzeugen. Eine Entscheidung, in der die schweren gesundheitlichen Störungen dieser Arbeit besonders unterstrichen und reichs-gesellschaftliche Schutzmaßnahmen gefordert werden, fand einstimmig Annahme. — Als Reichsfachgruppenobmann wurde Hermann Otto einstimmig wiedergewählt.

Vom Kaiser-Industrieverband.

Die kommunistische Hez gegen die freien Gewerkschaften fand ihren konsequentesten Ausdruck in der Gründung „revolutionärer“ Sonderorganisationen. Erst nachdem man in der KPD meinte, daß die Berliner Arbeiterschaft für diese Art gewerkschaftlicher „Einheitsfront“ nichts übrig hatte, wintte man ab. Doch die Geister, die man rief, wurde man bis heute nicht wieder los. Die Leute mit dem eigenen Laden fanden an ihrem Geschäft Gefallen und denken nicht daran, ihren Betrieb stillzulegen, selbst auf die Gefahr hin, bei der KPD, deswegen in Ungnade zu fallen, eine Gefahr, die sich als völlig gegenstandslos erwiesen hat.

So haben wir denn in Berlin die zweifelhafteste Errungenschaft eines Bekleidungs-Industrieverbandes von Schumacher, eines Industrieverbandes für das Baugewerbe von Kaiser und eines aus der Union der Hand- und Kopfarbeiter umgetauften Deutschen Industrieverbandes von Meyer, die mit dem einen oder anderen noch etwa herum-schwimmenden „Industrieverband“-Splinter ein „Kartell der selbständigen Verbände“ bilden.

Unbedacht von der Masse der organisierten Arbeiterschaft, verachtet von jedem normal denkenden Arbeiter, führen diese „selbständigen“ Schmarogergebilde am Körper der Arbeiterschaft ihr unnützes Dasein. Nur die „Rote Fabrik“ befaßt sich gelegentlich mit den mißratenen Sproßlingen der KPD, um ihnen ihre Sünden vorzuhalten.

So berichtete das Blatt am Dienstag aus dem „Kaiser-Verband“, daß dessen Vontomer Bezirk an den gegenwärtigen Vorstand keine Beiträge mehr abzuführen gedenkt. „Die Kollegen haben das Vertrauen zu den Bureaufakten aus der Mißtraue verloren, und Paul Kaiser hat angedroht, daß er die Vertrauensleute der Vontomer Kollegen wegen Beitragsperre bei der Klassenjustiz anzeigen wird.“

Die „grundfähliche“ Opposition ist bekanntlich nur an den einen Grundfaß gebunden: „Nach Opposition, mein Sohn, das rat ich dir, auf jeden Fall — nur nicht bei mir.“ Genau ebenso empfindlich wie die KPD, gegen jede Opposition in ihrem eigenen Lager ist man natürlich auch in den Oppositionsvereinen gegen die Opposition.

Herr Kaiser setzte seinen Bezirkobmann in Pantom gegen den Willen der Mitglieder ab und forderte sie auf, einen neuen Obmann zu wählen.

„Die Kollegen haben sich eingebildet.“ — sagt die „Rote Fabrik“ — „daß im Kaiser-Verband nur die Mitglieder zu bestimmen haben, und haben deshalb eine Neuwahl abgelehnt und die alte Bezirksleitung bestätigt. Darauf haben die Kaiser-Beute den Obmann aus der Organisation ausgeschlossen und den Ausschluß mehrerer Funktionäre angekündigt. ... Auch in anderen Bezirken wächst die Empörung gegen die ... Methode der Kaiser-Bureaufakten. Da jeder Kollege, der die Kaiser-Bureaufakten ernsthaft kritisiert, befürchtet muß, ausgeschlossen zu werden, gehen die meisten Kollegen gar nicht zu den Versammlungen hin. Von den angeblich in Berlin vorhandenen 10.000 Mitgliedern erscheinen nur etwa 800 in der Generalversammlung. Die anderen haben das ewige Geschimpfe ... und die altbekannte Phrasendrescherei satt. Die Kollegen wollen Taten sehen, und damit ist es sehr schlecht bestellt.“

Wir möchten dem nichts hinzufügen; es genügt.

Republikanischer Abend

heute, Mittwoch, den 28. September, 20 Uhr, im Viktoria-Garten, Wilmersdorf, Wilhelmsau 114

Vortrag:

Der Reichsschulgesetzentwurf

Referent: Staatssekretär Heinrich Schulz

Alle Republikaner, besonders die Eltern, sind eingeladen. Erscheint in Massen, um die Bedeutung dieses Gesetzes kennen zu lernen.

9. Kreis Wilmersdorf der SPD.

Streikabstimmung in Solingen.

Voraussetzliche Streikmehrheit.

Solingen, 27. September. (Mit.)

Über den Schiedspruch vom 20. September in dem Lohnstreik in der Stahlwerkindustrie hat gestern in den Betrieben eine Urabstimmung stattgefunden, deren Ergebnis noch nicht vorliegt. Es bezieht jedoch kaum noch ein Zweitel darüber, daß die Arbeiter den Schiedspruch mit mehr als Zweidrittelmehrheit ablehnen werden. In einzelnen Betrieben ist die Ablehnung einstimmig erfolgt.

Nur keine Arbeitszeitverlängerung!

Essen, 27. September. (Mit.)

Der rheinisch-westfälische Arbeitgeberverband für das Expeditions- und Transportgewerbe, Sitz Bochum, hatte die Mitglieder aller ihm angehörenden Ortsgruppen zu einer Besprechung der Arbeitszeittfrage nach Essen eingeladen. Die einmütige Auffassung der Versammlung ging dahin, daß selbst bei der gegenwärtigen Tendenz der Arbeitszeitpolitik des Reichsarbeitsministeriums, die offenbar auf das Arbeitszeitschutzgesetz loszufeuert, eine Verlängerung der Arbeitszeit im Transportgewerbe nicht in Frage kommen könne. (Die Gewerkschaften werden schon dafür sorgen, daß die Arbeitszeitverlängerung auch ohne Genehmigung der Unternehmer „in Frage kommt“.)

Die saarländischen Beamten verlangen Gehalts-erhöhung.

Saarbrücken, 27. September. (Mit.)

Unter Bezugnahme auf die im Reich bevorstehende Beförderungsreform haben sich die saarländischen Beamtenverbände des Saar-gebiets mit der Bitte an die Regierungskommission gewandt, die augenblicklich im Reich und in den Ländern sich vollziehenden Forderungen auf dem Gebiete der Beamtenbeförderung auch im Saargebiet zur Anwendung zu bringen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind hets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 1. Rep. rechts, zu richten

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freie Schulgemeinde: Donnerstag, 29. September, 19½ Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Der Reichsschulgesetzentwurf. „Unser Bundestag in Magdeburg.“ Delegiertenwahl. Beschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

14. Kreis Kurfürsten. Sitzung sämtlicher Zeitungsredaktionsmitglieder am Freitag, 28. September, 19½ Uhr, in der „Vorwärts“-Zentrale, Eintauch 15. 18. Kreis Reinholdsdorf. Donnerstag, 29. September, 19 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Rathauses Wittenau. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes.

heute, Mittwoch, 28. September:

22. nach 23. Abt. 19½ Uhr Mitgliederversammlung in den Thurns-Sälen, Müllerstr. 142, kleiner Saal. Referent Bürgermeister Karl Leib.
44. Abt. 19 Uhr in der Schulaula Reinholdsdorf, Ade. Fischer Straße, Lichtbildvortrag: „Aus der Werkstatt des Sozialisten.“ Einlaß 18 Uhr. „Vorwärts“-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.
46. Abt. Die Zahlende sollen aus.
67. bis 73. Abt. Wilmersdorf. Die Abteilungsleiter müssen heute abend wegen einer wichtigen Besprechung sämtlich um 20 Uhr im Viktoria-Garten, Wilhelmsau, sein.
74. Abt. 18 Uhr Bezirksversammlung im Lesraum.

Morgen, Donnerstag, 29. September:

2. Abt. 20 Uhr bei Kühner, Milander Str. 34, wichtige Funktionärssitzung. Niemand darf fehlen.

21. Abt. Die Bezirksleiter werden gebeten, bis spätestens Donnerstag, 29. September, alle Karten abzurechnen und abzugeben.
22. Abt. 19½ Uhr Abteilungsversammlung im kleinen Thurns-Saal.
26. Abt. 19 Uhr bei Dornisch, Reinholdstr. 28, Sitzung sämtlicher Bezirksleiter und Vorläufer. Abrechnung sämtlicher Beitragsmarken. Mitgliederbescheidnisse (Karten) mitbringen. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.

28. Abt. Lichtende. Öffentliche Versammlung um 19½ Uhr im Hofsaal, am Friedrichs-Platz. Tagesordnung: Der Reichsschulgesetzentwurf. Referent: Karl Leib. Die Ortsgruppen und Bezirke müssen für einen guten Besuch der Versammlung sorgen. Männer und Frauen, erscheint in Massen!

30. Abt. Kurfürsten. 18½ Uhr bei Schabitz, Reichsleiter. 5. Sitzung des Abteilungsverbandes. Sitzung! Um 20 Uhr ebenso wichtige Funktionärssitzung.

101. Abt. Tempel. 19½ Uhr Ortsgruppenabend des 3. Bezirks bei Weier, Am Tempelhof 23. Alle Mitglieder des Bezirksrates müssen erscheinen.

31. Abt. Am Sonntag, 2. Oktober, Morgenfeier des 3. Kreises zur Erinnerung an die Weiberehrung im Germania-Palast, Frankfurt a. M. Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder, bestimmt zu erscheinen. Karten sind bei den Bezirksleitern zu haben. Anfang 11 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Bezirk Kreuzberg: Die für die nächste Woche vorgesehene Elternversammlung findet schon am Samstag, 1. Oktober, 20 Uhr, im Heim Bells-Allianz-Platz statt. Pflicht eines jeden Eltern ist es, die Eltern davon in Kenntnis zu setzen. — Gruppe Südwest: Donnerstag, 20 Uhr, Heimabend im Jugendheim Eichenstr. 2. „Arbeiterjugend und Kirche.“ Erscheinen aller ist Pflicht.

Jungsozialisten.

Kurfürsten: Am Mittwoch, 28. September, 20 Uhr, im Heim Bezirk 29, Zimmer 10, wieder die erste Versammlung der JSO. — Kurfürsten II: Genossin Lipinski freitags über die Bedeutung der sozialistischen Bewegung in der Gegenwart. Alle teilnehmenden Mitglieder der JSO 1902, sowie die Mitglieder der Gruppe 1901 und andere Interessenten sind herzlich eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

4. Abt. Unser langjähriger Genosse Robert Godek ist plötzlich infolge eines Herzinfarktes verstorben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Beerdigung am Donnerstag, 29. September, 12½ Uhr, im Krematorium Gerickestraße. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Die Bücherstube ist heute, Mittwoch, von 17—19 Uhr geöffnet. Einzige: Treffpunkt zur Mitwirkung der Arbeiter der 25. Kreisgruppe II Freitag, 30. September, 19½ Uhr, Aula der Mathian-Schule, Reichenstraße. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Zur Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft über „Wirtschaftslehre“ (weiter Genosse Wabahn) wollen sich interessierte Genosseninnen und Genossen baldmöglichst im Jugendsekretariat anmelden. Beginn Oktober. Datum wird im Mitteilungsblatt bekanntgegeben.

heute, Mittwoch, 28. September, 19½ Uhr:

Wobbling: Heim etc., Ade. Fischer Straße. Warum sind wir Kriegsgegner? — Sozialistischer Vorabend: Schule Döberitz, W. 10-Minuten-Referate. — Vortragsabend: Heim Oberstr. 11. Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände. — Göttinger, Kopenicker und Reinholdsdorfer Bezirksvereine am Freitagabend der Partei in der Schulaula Reinholdsdorf. Treffpunkt 19½ Uhr vor dem Feuerwehrt. — Charlottenburg-Bezirk: Heim Oberstr. 11. „Ich sah in die Welt.“ — Friedrichshagen: Heim Friedrichstr. 27. Einführungabend (Mittwoch). — Kurfürsten: Schule Adelstraße. „Was ist Genossenschaftswesen?“ — Reinholdsdorf: Heim Bruns-Albert-Straße. „Parade und Parade.“ — Hakenberg-Mitte, Nord und West: Heim Victoria 10. Einlaß 18 Uhr. Alle anderen Mitglieder Heim Döberitz. 22. Abteilungsversammlungen sollen aus.

Bezirksleiter Kreuzberg: Alle Gruppen besuchen die Veranstaltungen der Partei. Südwest-Gruppe: Schule Reinholdsdorf. Südwest: Bezirksamt Nordstraße. — Freitag, 30. September, Funktionärssitzung im Bismarckheim. Thema: „Verarbeit.“ Jede Gruppe muß vertreten sein. Berichtsbogen mitbringen.

Bezirksleiter Kurfürsten: Morgen, Donnerstag, 29. Uhr, im Heim Eichenstr. 27, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Der Reichsschulgesetz.“ Alle Mitglieder müssen erscheinen. Gruppenabende sollen aus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebastionstr. 27/28, Hof 2 2c. Mittwoch, 28. September, Lichtberg nebst Unterguppen: 20 Uhr wichtige Sitzung des runderen Vorstandes bei Richter. — Donnerstag, 29. September, Friedrichshagen: 19½ Uhr Mitgliederversammlung in den Comenius-Sälen. Referent: Kam. von Püttmer. Eingeführte Gäste willkommen. Kreuzberg: Abendabend im Stadthaus Bismarckstraße in der Zeit von 19 bis 22 Uhr. Lichtberg nebst Unterguppen: 19 Uhr Plakatabend im Stadthaus. 20 Uhr Plakatabend mit dem Trampel, ausgeführt von der Reichsbannerpartei Lichtberg. Die Kameraden haben auf beiden Bühnen in Plakatabend zum Ordnungszustand zu erscheinen. — Freitag, 30. September, Kreuzberg: Ab 19 Uhr Abrechnung aller Referate bei Kreyz, W. 10. W. 10. Referat: 20 Uhr im Stadthaus. Vortrag des Kam. K. K. W. 10. W. 10. Was alte und das neue Deutschland. Wichtige Mitteilungen. Reinholdsdorf: Die am Freitag, 30. September, folgende Sekretariatssitzung fällt aus. Dafür findet dieselbe am Freitag, 14. Oktober, statt.

Reichsbanner der Kriegsberechtigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Schöneberg. Versammlung am 29. September, 20 Uhr, in der Schulhausstr. 12. Referent: Kam. von Püttmer.

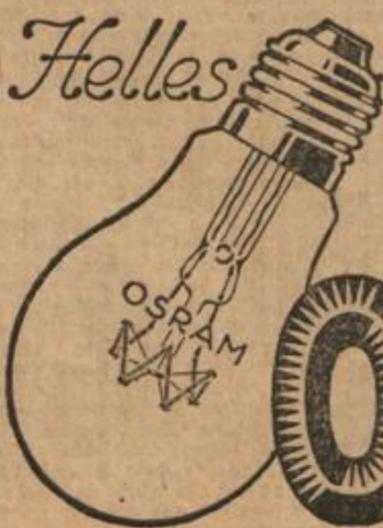
Freiwilliger Speisenschein-Club, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 30. September, 20 Uhr, Rantowstr. 10. Referent: Kam. von Püttmer. Danach: Sportveranstaltungen der japanischen Professoressen Poffinger und Ojala. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonne Berlin, Geschäftsstelle R. 4, Schröderstr. 9. Telefon-Norden 2340. Abt. Wobbling: Mitgliederversammlung 6. Oktober, 19½ Uhr, bei Berlin Schulstr. 12. — Abt. Kreuzberg: Lichtbildvortrag über „Erbe Hilt.“ Referent: Tr. Wittich, am 29. September in der Schule Bergmannstr. 60—62.

Wie die Werke vor 100 und mehr Jahren ihren Patienten den Genuss des natürlichen „Fahlinger Wassers“ anreichten, so ist auch heute noch „Santal-Fahlinger“ ein wichtiger Bestandteil unter den Mineralwässern, welche als Trinkwasser- und Badeswasser verwendet werden.

Das Santal-Fahlinger überblickt die auf allen Gebieten unternommenen Versuche, um das Vorkommen zu erreichen. Die Reifezeit, die durch teilweise Abkühlung des Erzeugnisses unserer Industrie schwerer werden schlug, hat den schärfsten Konzentration auf dem inländischen Markt verursacht. Diese harte Kampf um den Erfolg hat die Hoffnungen herbeigeführt, deren Ueberwindung nicht mehr möglich ist. Eine solche Epigenese ist die Reifezeit, welche die Naturbutter frisch gekühlt. Bezeichnung hat man davon gerichtet, ein der Naturbutter gleichwertiges Produkt zu schaffen, weil man wußte, daß die Erzeugung der Naturbutter nicht im entferntesten dem Festhalten der Kulturbutter entsprach. Auf vorhandene Erfahrung mußte neu aufgebaut und jeder Fortschritt der Chemie verwendet werden, die endlich der große Durchbruch brachte. Heute ist das Ziel erreicht. „Santal-Fahlinger“ ist der Naturbutter in jeder Beziehung vollkommen gleichwertig. Die Dausfrau, die nicht rücheln will, muß die Vorteile, welche die neue Zeit ihr in den Schoß wirft, benutzen.

Helles Licht, gute Lichtverteilung, gefällige Birnenform, die zu jedem Beleuchtungskörper passt, sind die Merkmale der Osram-Lampe.



OSRAM

